

Zusammenstellung wichtiger Ereignisse in den Bereichen

Verkehr, Energie, Umwelt, Finanzen

2012

(Stand: 12.03.2014)

- 31.12. **Motorrad- und Roller-Initiative kommt nicht zustande** – Die laufende Unterschriften-sammlung für die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine Verflüssigung des Strassenverkehrs und weniger Stau (Motorrad- und Roller-Initiative)“ ist von den Urhebern abgebrochen worden. Grund dafür sei, dass der finanzielle sowie personelle Aufwand unterschätzt wurde. Bis zum heutigen Zeitpunkt seien knapp 30'000 Unterschriften zusammengekommen. Die Initianten wollen diese nun im Februar 2013 in Form einer Petition bei der Bundeskanzlei einreichen und sich fortan mit ihren Forderungen auf die lokale Ebene konzentrieren.
(„Blick“ 03.01.13; NZZ 04.01.13)
- 20.12. **Raumkonzept Schweiz an Bund, Kantone, Städte und Gemeinden übergeben** – Das Raumkonzept Schweiz ist publiziert und somit gewissermassen an Bund, Kantone, Städte und Gemeinden übergeben worden. Diese Staatsebenen haben das Raumkonzept in einem mehrjährigen partizipativen Prozess gemeinsam erarbeitet. Es soll künftig als Orientierungshilfe für die Behörden aller Stufen dienen, wenn Siedlungen, Verkehrs- und Energieinfrastrukturen geplant, Landschaften gestaltet oder weitere Tätigkeiten, die den Raum beeinflussen, ausgeübt werden müssen. Das Raumkonzept ist kein verbindliches Instrument, sondern basiert auf Freiwilligkeit; es setzt auf Mitverantwortung und soll die Zusammenarbeit von Privaten mit den Behörden fördern. Das Raumkonzept nennt im Weiteren fünf Ziele und drei Strategien. Eines der Ziele ist es, die Mobilität zu steuern; und eine der Strategien will Verkehr, Energie und Raumentwicklung aufeinander abstimmen. Dabei seien die Verkehrsträger entsprechend ihrer Stärken zu kombinieren. Die Strasse erschliesse die Schweiz grossräumig. Für den massenhaft gleichgerichteten Punkt-zu-Punkt-Verkehr – dazu würden der Personentransport zwischen den Zentren sowie Gütertransporte von Grenze zu Grenze zählen – komme vorzugsweise die Bahn zum Einsatz: Diese sei in solchen Fällen meist das schnellste, sicherste und ressourcenschonendste Verkehrsmittel. Innerhalb der Agglo-

merationen soll der Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs erhöht werden. Immerhin anerkennt das Raumkonzept Schweiz, dass die Funktions- und Leistungsfähigkeit des übergeordneten Strassennetzes erhalten bleiben bzw. gewährleistet werden soll.

(ARE-Medienmitteilung 20.12.12; Raumkonzept Schweiz 20.12.12)

19.12. Vernehmlassung zur Gesamtsanierung des Gotthard-Strassentunnels eröffnet – Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Gesamtsanierung des Gotthard-Strassentunnels eröffnet. In einer Medienverlautbarung gibt sich **strasseschweiz** – Verband des Strassenverkehrs FRS überzeugt davon, dass der Bau des zweiten Strassentunnels am Gotthard der Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft insbesondere mit Blick auf die Verkehrs- und Versorgungssicherheit einen erheblichen Zusatznutzen bringt. Als richtig hat es **strasseschweiz** zudem erachtet, dass den Motorfahrzeuglenkenden in den beiden Strassentunnels am Gotthard künftig nur eine Fahrspur pro Richtung zur Verfügung stehen soll.

(ASTRA-Medienmitteilung 19.12.12; Medienmitteilung **strasseschweiz** 19.12.12)

19.12. Bundesrat verabschiedet Botschaft zum KAP 2014 – Der Bundesrat hat die Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) 2014 zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. Die darin enthaltenen Sparmassnahmen entlasten den Bundeshaushalt pro Jahr um 700 Millionen Franken. Dank des KAP 2014 sollen strukturelle Defizite in den Jahren 2014 bis 2016 vermieden werden. Den grössten Konsolidierungsbeitrag leisten das Eidgenössische Departement des Inneren (EDI; 271 Mio. Franken) sowie das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK; 217 Mio. Franken). Mit Priorisierungsmassnahmen im Bereich der Nationalstrassen will das UVEK jährlich 95 Millionen Franken „einsparen“. (NZZ 20.12.12; EFD-Medienmitteilung 19.12.12; BBl 2013 S. 823-924)

18.12. Definitive Strassenrechnung 2010 – Gemäss den definitiven Resultaten für das Jahr 2010 der vom Bundesamt für Statistik (BFS) publizierten Strassenrechnung der Schweiz erreicht der Kostendeckungsgrad des privaten Motorfahrzeugverkehrs 115 Prozent und dessen Eigenwirtschaftlichkeitsgrad 111 Prozent. Für den Personenverkehr liegen diese Grade etwas tiefer – nämlich bei 111 bzw. 105 Prozent; derweil schneidet der Güterverkehr mit 133 bzw. 136 Prozent sehr gut ab. Im Gegensatz zur Transportrechnung (Trakos) werden in der Strassenrechnung die externen Kosten, die Unfallkosten und die Aufwendungen für die Fahrzeuge (Anschaffung, Betrieb und Unterhalt) nicht berücksichtigt. Gemäss neueren im Rahmen der Energiestrategie 2050 erwähnten Studien verursacht der Strassenverkehr jährlich (Referenzjahr 2007) rund 11,5 Milliarden Franken an so genannt externen Kosten.

(NZZ 29.12.12; BaZ 29.12.12; BFS Aktuell 18.12.12; Info **strasseschweiz** 28.12.12)

17.12. GLP reicht Volksinitiative ein – Die Grünliberale Partei der Schweiz (GLP) hat ihre Eidgenössische Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ für eine ökologische Steuerreform mit fast 109'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Das Volksbegehren sieht vor, die gesamten Mehrwertsteuereinnahmen von jährlich über 20 Milliarden Franken durch eine Energiesteuer zu ersetzen. Dabei würde sich unter anderem der Liter Treibstoff um 80 Rappen verteuern, und der Treibstoffpreis müsste – damit keine Gefahr bestünde, dass die Einnahmequelle versiegen könnte – bis ins

Jahr 2050 auf rund fünf Franken pro Liter steigen.
(NZZ 18.12.12; „Bund“ 18.12.12)

- 14.12. **Schlussabstimmung in den eidgenössischen Räten** – Der Nationalrat hat mit 128 zu 59 und der Ständerat mit 29 zu elf Stimmen eine Änderung des Arbeitsgesetzes gutgeheissen, mit der Tankstellenshops rund um die Uhr ihr ganzes Sortiment verkaufen dürfen.
(NZZ 15.12.12)
- 10.12. **Neuer Netzbeschluss: Noch nicht alle Differenzen bereinigt** – Beim Preis der Autobahnvignette hat der Nationalrat mit 98 zu 72 Stimmen an einer Erhöhung von 40 auf lediglich 70 Franken festgehalten. Bundesrat und Ständerat wollen den Vignettenpreis auf hundert Franken anheben. Damit verbunden ist die Aufnahme von rund 390 Kilometer Strassen ins Nationalstrassennetz. Diesbezüglich räumte die Grosse Kammer sämtliche Differenzen zum Ständerat aus.
(NZZ 11.12.12)
- 10.12. **Umfahrung von Lungern offiziell eröffnet** – In Anwesenheit von Bundesrätin Doris Leuthard ist die Umfahrung von Lungern (OW) mit dem 3,6 Kilometer langen Tunnel eröffnet und für den Verkehr frei gegeben worden. Damit erfolgt die langersehnte Entlastung des Dorfes am Fusse des Brünigpasses vom Durchgangsverkehr. Insgesamt beläuft sich das neue Teilstück der Autobahn A8 auf 4,6 Kilometer.
(NZZ 11.12.12)
- 09.12. **Klimakonferenz in Doha ist zu Ende gegangen** – An der 18. UNO-Klimakonferenz (Conference of the Parties – COP 18) in Doha (Katar) haben sich die 194 Staaten sowie die Europäische Union (EU) zu folgenden Beschlüssen durchringen können: Das Kyoto-Protokoll wird bis 2020 verlängert. Am 1. Januar 2013 beginnt demnach die zweite Verpflichtungsperiode. Die 27 EU-Staaten und zehn weitere Industrieländer – darunter Australien, Norwegen und die Schweiz – führen das internationale Abkommen weiter. Da sich die grossen Emittenten von Treibhausgasen wie China, USA und Indien entweder bereits bisher nicht zu Emissionsreduktionen verpflichtet hatten oder sich wie Russland, Japan und Kanada der Verlängerung des Kyoto-Protokolls nicht anschlossen, deckt Letzteres nur noch rund 12 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen ab. Ferner soll im kommenden Jahr mit den Arbeiten für einen internationalen Mechanismus im Umgang mit durch den Klimawandel in ärmeren Ländern verursachten Schäden begonnen werden. Fraglich ist zum heutigen Zeitpunkt allerdings, ob es die Vertragsstaaten schaffen, bis 2015 ein neues Klimaabkommen zu erarbeiten, das für die Jahre nach 2020 gelten soll.
(NZZ 10.12.12; „Bund“ 10.12.12)
- 09.12. **SBB wechseln den Fahrplan und erhöhen die Tarife** – Mit dem Fahrplanwechsel haben die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) ihre Tarife im Durchschnitt um gut fünf Prozent angehoben. Ein Generalabonnement (GA) erster Klasse kostet neu 5'800 Franken und ein GA zweiter Klasse 3'550 Franken. Auch die für ein, zwei oder drei Jahre gültigen Halbtaxabonnemente verteuern sich um bis zu 32 Prozent.
(NZZ am Sonntag 09.12.12)

- 05.12. **Tankstellenshops sollen nachts ganzes Sortiment verkaufen dürfen** – Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat beschlossen, dass Tankstellenshops während der ganzen Nacht ihr gesamtes Sortiment verkaufen dürfen. Mit 112 zu 63 Stimmen hat sich die Grosse Kammer allerdings dafür ausgesprochen, dass die Liberalisierung künftig nur für jene Shops gelten soll, die an Hauptverkehrswegen mit starkem Reiseverkehr liegen. Seitens der Gewerkschaften ist bereits das Referendum angekündigt worden.
(NZZ 06.12.12; BaZ 06.12.12)
- 03.12. **6,4 Milliarden Franken für nächsten Ausbauschritt der Bahn** – Der Ständerat will für den Ausbau des Bahnnetzes bis ins Jahr 2025 fast doppelt so viele finanzielle Mittel einsetzen, wie dies der Bundesrat beantragt hat – nämlich 6,4 statt 3,5 Milliarden Franken. Zudem hat das „Stöckli“ bereits Pflöcke für den zweiten Ausbauschritt 2030 eingeschlagen: Bis 2018 soll der Bundesrat dazu eine Botschaft vorlegen. Damit hat die kleine Kammer ihre Beratungen zu Vorlage FABI (Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur), die als direkter Gegenvorschlag zur VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ gilt, vorerst abgeschlossen. Das besagte Volksbegehren lehnte der Ständerat ohne Gegenstimme ab.
(NZZ 04.12.12; „Bund“ 04.12.12; AR 12.12.12)
- 30.11. **Bundesrat beschliesst zusätzliches Massnahmenpaket gegen Eisenbahnlärm** – Der Bundesrat hat ein zusätzliches Massnahmenpaket gegen den Eisenbahnlärm beschlossen und den eidgenössischen Räten überwiesen. Wichtigstes Instrument dieses Pakets sind neue Lärmgrenzwerte für Güterwagen. Damit werden ab dem Jahr 2020 Fahrten mit lärmigen Güterwagen auf dem Schweizer Bahnnetz faktisch verboten. Insgesamt kosten die vom Bundesrat neu vorgeschlagenen Massnahmen 185 Millionen Franken. Infolgedessen kann der ursprüngliche FinöV-Kredit für die Lärmsanierung um 339 Millionen Franken gekürzt werden. Dadurch stehen dem geplanten Bahninfrastrukturfonds (BIF), der den FinöV-Fonds im Jahr 2017 ablösen soll, in den ersten zehn Jahren wiederkehrend rund 30 Millionen Franken zur Verfügung.
(BAV-Medienmitteilung 30.11.12; BBI 2013 S. 489-532)
- 30.11. **Keine Abgaswartung mehr für Fahrzeuge mit OBD** – Im Rahmen einer Verordnungsänderung hat der Bundesrat beschlossen, dass bei neueren Autos und Lastwagen, die mit einer On-Board-Diagnose (OBD) ausgerüstet sind, die planmässig alle zwei Jahre durchzuführende obligatorische Abgaswartungspflicht ab Anfang 2013 entfällt. OBD-Systeme überwachen unter anderem permanent die abgasrelevanten Bauteile und zeigen allfällige Fehlfunktionen mit einer Warnlampe im Armaturenbrett an. Rund drei Fünftel der betreffenden Fahrzeuge weisen bereits ein solches OBD-System auf.
(NZZ 01.12.12; ASTRA-Medienmitteilung 30.11.12; AS 2012 S. 7085-7154)
- 30.11. **Bundesrat genehmigt neue CO₂-Verordnung** – Der Bundesrat hat die neue CO₂-Verordnung gutgeheissen. Diese tritt zusammen mit dem total revidierten CO₂-Gesetz am 1. Januar 2013 in Kraft. Damit stehen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Klimapolitik der Schweiz für den Zeitraum 2013 bis 2020 fest. Vom Verkehrssektor wird eine Reduktion der CO₂-Emissionen um zehn Prozent gegenüber dem Stand von 1990 erwartet. Für die Importeure von Treibstoffen besteht die Pflicht, bis ins Jahr 2020 mindestens zehn Prozent des CO₂-Ausstosses aus dem Verkehr mit Inlandmassnahmen zu kompensieren. Zudem werden die bereits 2012 eingeführten CO₂-

Emissionsvorschriften für neue Personenwagen fortgesetzt. Die definitive Abrechnung darüber, ob die Ziele der ersten Kyoto-Periode (2008-2012) erreicht werden, wird erst im Jahr 2014 vorliegen. Dannzumal sind die Emissionsdaten bis Ende 2012 bekannt. (BAFU-Medienmitteilung 30.11.12; AS 2012 S. 7005-7064)

- 29.11. **Ständerat heisst neuen unbefristeten Bahninfrastrukturfonds gut** – Der Ständerat unterstützt den unbefristeten Bahninfrastrukturfonds (BIF) zur Finanzierung und zum Ausbau des Schweizer Bahnnetzes (FABI). Dabei wird zum ersten Mal in einem Gefäss, das nicht jährlichen Budgetreduktionen unterworfen ist, die Bezahlung von Unterhalt, Betrieb und Ausbauten vereint. Der BIF alimentiert sich aus Erträgen der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), der Mineralölsteuer (befristet bis 2030) und der Mehrwertsteuer. Der Bund legt pro Jahr 2,3 Milliarden Franken in den BIF ein. Hinzu kommen neue Finanzierungsinstrumente wie Mehreinnahmen aus der direkten Bundessteuer aufgrund der Begrenzung des Pendlerabzugs, die ebenfalls in den BIF fliessen, sowie – ausserhalb des BIF – eine stärkere Nutzerfinanzierung und eine grössere Beteiligung der Kantone. FABI ist der direkte Gegenentwurf zur VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“. Diese Initiative wurde im Ständerat denn auch gewürdigt als Impulsgeber für eine breite Diskussion. Insbesondere bürgerliche Standesvertreter verwiesen auf die Notwendigkeit eines analogen Fonds für den Strassenverkehr, den der Bundesrat gegenwärtig vorbereitet. Für Diskussionen sorgte die Begrenzung des Pendlerabzugs auf 3000 Franken. Dadurch würden Personen in ländlichen Regionen, die keine Möglichkeit zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr hätten, benachteiligt. Mit 36 zu einer Stimme beschloss das „Stöckli“ zwischen 2018 und 2030 ein zusätzliches Mehrwertsteuerpromille für die Bahnfinanzierung einzusetzen. (NZZ 30.11.12; BaZ 30.11.12)
- 29.11. **Neue Nutzung der Pannendienst-Nummer 140** – Die Telefonnummer für die Strassenhilfe steht ab 1. Januar 2013 neu vier Unternehmen zur Verfügung: Nebst dem Touring Club Schweiz (TCS) können auch drei weitere Firmen unter der Kurznummer 140 Pannendienste vermitteln. Dies hat das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) entschieden. Bis anhin war der TCS alleiniger Inhaber der Pannendienst-Nummer 140. (BAKOM-Medienmitteilung 29.11.12)
- 25.11. **Luzern: Volksinitiative „Kein Südzubringer in die Stadt“ abgelehnt** – In der Stadt Luzern ist die von den Jungsozialisten eingereichte Volksinitiative „Kein Südzubringer in die Stadt“ relativ knapp mit gut 8'880 zu 8'100 Stimmen abgelehnt worden. Der Südzubringer wäre eine neue Strasse zwischen dem Autobahnanschluss Luzern-Kriens und dem Stadtgebiet südlich des Bahnhofs Luzern. Die Initiative hatte verlangt, dass die Stadt die Planungsarbeiten für eine neue Verbindung zur geplanten Stadtautobahn um Luzern abbrechen muss. (NZZ 26.11.12 und 11.11.12)
- 23.11. **Zweiphasenausbildung für Neulenkende verbessert Verkehrssicherheit** – Im Auftrag des Bundesamts für Strassen (ASTRA) hat die Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) die Wirkung der Zweiphasenausbildung evaluiert und gelangt zum Schluss, dass der Rückgang der durch junge Neulenkende verursachten Verkehrsunfälle mit schwerverletzten und getöteten Personen stärker ist als die durchschnittliche Reduktion in allen Alterskategorien. Indessen können gemäss bfu-Bericht die Sicherheitseffekte der

Weiterbildungskurse nicht im erwartbaren Ausmass nachgewiesen werden. Angesichts der Tatsache, dass das Risiko, zu verunfallen, in den ersten Monaten des Führerausweisbesitzes am höchsten sei, würden die Kurse heute zu spät besucht. Eine deutlich frühere Absolvierung der Kurse berge somit ein grosses Sicherheitspotenzial.
(NZZ 24.11.12; AR 29.11.12; ASTRA-Medienmitteilung 23.11.12)

- 23.11. **Bund zieht LSVA-Urteil weiter** – Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) und das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) haben gemeinsam entschieden, gegen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. Oktober 2012 zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) beim Bundesgericht Beschwerde zu erheben. Gegenstand der Auseinandersetzung ist, ob die auf den 1. Januar 2009 vorgenommene so genannte Abklassierung der Euro-3-Fahrzeuge in eine teurere Abgabekategorie das im Schwerverkehrsabgabegesetz (SVAG) verankerte Kostendeckungsprinzip verletze oder nicht. In diesem Zusammenhang kommt der Frage entscheidende Bedeutung zu, wie die Stauzeitkosten, die der Schwerverkehr bei den übrigen Verkehrsteilnehmenden verursacht, berechnet werden. Gestützt auf eigene Berechnungen kommt das Bundesverwaltungsgericht zum Schluss, die von der Bundesverwaltung ausgewiesenen Stauzeitkosten seien zu hoch. Setze man die von ihm selbst errechneten Werte ein, resultiere eine gesetzlich nicht zulässige Kostenüberdeckung, weshalb die Beschwerde gutzuheissen sei. Nach Meinung von EFD und UVEK hat das Bundesverwaltungsgericht die vom Bundesgericht in einem früheren Entscheid gemachten Vorgaben zur Berechnung dieser Kosten jedoch falsch interpretiert.
(NZZ 24.11.12; ARE-Medienmitteilung 23.11.12)

- 21.11. **Lancierung einer schweizweiten Schnellladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge** – Unter der Trägerschaft des Verbands Swiss eMobility ist der Grundstein für das Projekt „EVite“, das den Bau einer schweizweiten Schnellladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge vorsieht, gelegt worden. In einer ersten Bauphase sollen mindestens 150 Ladesäulen installiert werden. Geplant ist, diese Basisinfrastruktur mittel- bis langfristig zu einem engmaschigen, flächendeckenden Netz auszuweiten. Ziel von EVite ist es, eine der wichtigsten infrastrukturellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit sich der Elektromobilitätsmarkt in der Schweiz beschleunigt entwickeln kann.
(NZZ 22.11.12 und 11.04.13; „Blick“ am Abend 21.11.12; SonntagsZeitung 25.11.12; Medienmitteilung Swiss eMobility 21.11.12)

- 14.11. **„Via sicura“ – Erste Massnahmen treten per Anfang Januar 2013 in Kraft** – Gemäss Bundesamt für Strassen (ASTRA) tritt am 1. Januar 2013 ein erstes Paket des Verkehrssicherheitsprogramms „Via sicura“ in Kraft. Dies betrifft insbesondere Massnahmen gegen Raser wie z.B. die Festsetzung der Geschwindigkeitsüberschreitungen, ab denen ein Raserdelikt vorliegt, oder die Einziehung und Verwertung von Motorfahrzeugen bei groben Verkehrsregelverletzungen wie etwa krassen Geschwindigkeitsübertretungen. Weitere Massnahmen sind unter anderem das Verbot von Radarwarnungen oder die Anpassung des Mindestalters von Radfahrenden und Fuhrleuten. Eine zweite Tranche von „Via sicura“ soll auf Anfang 2014 in Kraft treten. Diese beinhaltet Massnahmen, welche Umsetzungsvorschriften auf Verordnungsstufe bedürfen. Der dritte Teil der Massnahmen benötigt aufgrund von Anpassungen der Informatiksysteme bei Bund und Kantonen mehr Vorbereitungszeit und kann deshalb erst ab 2015 in Kraft gesetzt

werden.

(NZZ 15.11.12; ASTRA-Medienmitteilung 14.11.12; AR 12.12.12)

- 13.11. **Ein Zehntel des Haushaltbudgets für die Mobilität** – Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) hat das durchschnittliche verfügbare Einkommen der Privathaushalte in der Schweiz im Jahr 2010 mehr als 6'800 Franken betragen. Dabei gaben die Haushalte für die Mobilität gut 900 Franken oder knapp zehn Prozent ihres Budgets aus. Von diesen Mobilitätsausgaben wurden über 600 Franken für den Kauf sowie den Betrieb (Treibstoffe, Ersatzteile und Servicearbeiten) von Personenfahrzeugen verwendet. Die Fahrzeugversicherungen und -steuern machten knapp 150 Franken aus. Verkehrsdienstleistungen wie Abonnemente und Einzelfahrscheine für Bahn, Bus, Tram, Flugzeug, Schiff und Taxi schlugen nochmals mit fast 150 Franken zu Buche. Rund 80 Prozent aller Haushalte verfügten 2010 über mindestens ein Privatauto. Was die Treibstoffe angeht, konnte in den vergangenen Jahren eine leichte Abnahme beim Mengenverbrauch verzeichnet werden: Während im Jahr 2006 noch 95 Liter pro Monat und Haushalt verbraucht wurden, waren es 2010 noch rund 90 Liter. Zudem war ein Trend weg vom Benzin hin zum Diesel festzustellen.
- (NZZ 14.11.12; BaZ 14.11.12; BFS-Medienmitteilung 13.11.12)

- 04.11. **Raser-Initiative zurückgezogen** – Die Eidgenössische Volksinitiative „Schutz vor Rasern“ (Raser-Initiative) wird gemäss der Strassenopfer-Organisation RoadCross zurückgezogen. Mit dem Massnahmenpaket „Via sicura“ (Totalrevision des Strassenverkehrsgesetzes) sowie der Revision des Strafgesetzbuchs hätten die eidgenössischen Räte die Anliegen der Initianten bereits erfüllt. Ab dem 1. Januar 2013 gilt als Raser, wer die vorgeschriebene Geschwindigkeit wie folgt überschreitet: in Tempo-30-Zonen um 40 Stundenkilometer (km/h), innerorts (50 km/h) um 50 km/h, ausserorts (80 km/h) um 60 km/h und auf Autobahnen (120 km/h) um 80 km/h. Ebenso gilt als Raser, wer durch vorsätzliche Verletzung elementarer Verkehrsregeln das hohe Risiko eines Unfalls mit Schwerverletzten oder Toten eingeht, namentlich durch waghalsiges Überholen oder durch die Teilnahme an einem nicht bewilligten Rennen mit Motorfahrzeugen.
- (NZZ 05.11.12; BaZ 05.11.12; RoadCross-Medienmitteilung 04.11.12; BBI 2012 S. 9227)

- 26.10. **LSVA-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zugunsten der ASTAG** – Die vom Bundesrat per 1. Januar 2009 vorgenommene so genannte Abklassierung von Lastwagen der Euro-3-Norm in eine teurere Abgabekategorie verletzt gemäss aktuellem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts das Kostendeckungsprinzip, das im Schwerverkehrsabgabegesetz (SVAG) verankert ist. Das Bundesverwaltungsgericht gelangt zum Schluss, dass der Schwerverkehr dem übrigen Verkehr im Jahr 2009 lediglich Stauzeitkosten im Umfang von 94 Millionen Franken verursacht hat. Da gleichzeitig der übrige Verkehr dem Schwerverkehr Stauzeitkosten in der Höhe von 140 Millionen Franken bescherte, verbleibt ein Minus von 46 Millionen Franken. Mit deutlichen Worten kritisiert das Gericht dabei eine Infrastudie, auf die sich das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) für die Ermittlung der Stauzeitkosten stützt. Im Urteil ist die Rede von „unhaltbarem“ und „willkürlichem“ Vorgehen – „selbst im Wissen darum, dass eine schematische und approximative Vorgehensweise unvermeidlich ist“ sowie „dem Bundesrat bei der Festlegung der Tarife ein weiter Ermessensspielraum zukommt“. In einer Medienverlautbarung stellt der Schweizerische Nutzfahrzeugverband ASTAG mehrere Forderungen auf – unter anderem jene, wonach die bereits seit Anfang 2008 basierend auf falschen Berechnungen zu viel erhobenen Abgaben dem Transportgewerbe

zurückerstattet werden müssen. Laut ASTAG-Direktor Michael Gehrken handelt es sich dabei um einen Betrag in der Höhe von rund 750 Millionen Franken.
(NZZ 27.10.12; AR 31.10.12; SGZ 09.11.12; ASTAG-Medienmitteilung 26.10.12; ARE-Medienmitteilung 23.11.12)

- 09.10. Eidgenössische Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ zustande gekommen** – Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ ist mit rund 112'100 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Gemäss Initiativtext kann der Bund zur Förderung einer nachhaltigen und ressourceneffizienten Wirtschaft unter anderem positive steuerliche Anreize schaffen und eine zweckgebundene oder haushaltsneutrale Lenkungssteuer auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen erheben.
(BBl 2014 S. 1817-1914; BBl 2012 S. 8405; BBl 2011 S. 2151)
- 05.10. Sozialpartnerschaft im Strassentransport kann weitergeführt werden** – Die Sozialpartnerschaft im gewerblichen Strassentransport zwischen dem Schweizerischen Nutzfahrzeugverband (ASTAG) und Les Routiers Suisses (LRS) kann im bisherigen Rahmen fortgesetzt werden. Eine Klage der Gewerkschaft UNIA, die einen Beitritt zur bestehenden Landesvereinbarung verlangt hatte, wurde vom Regionalgericht Bern-Mittelland vollumfänglich abgewiesen. Das Urteil hält insbesondere fest, dass die UNIA bei den Chauffeuren im Transportgewerbe kaum über Mitglieder und somit nicht über die nötige Repräsentanz verfügt. Die ASTAG ihrerseits hat beim Bundesrat Einsprache gegen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des neuen Landesmantelvertrags des Bauhauptgewerbes erhoben. Denn auch dort wird versucht, einen branchenfremden Gesamtarbeitsvertrag (GAV) schleichend auf das Transportgewerbe und damit auf die Berufsfahrer auszudehnen.
(ASTAG-Medienmitteilung 05.10.12)
- 04.10. Informationsoffensive zur neuen EU-Reifenetikette** – Die Europäische Union (EU) führt per 1. November 2012 die Reifenetikette ein. Diese gibt Auskunft über die Nasshaftung, die Energieeffizienz (Treibstoffeinsparung) und das Rollgeräusch der Reifen. Anlässlich der Einführung der EU-Reifenetikette lancieren die Bundesämter für Strassen (ASTRA), Energie (BFE) und Umwelt (BAFU) in Partnerschaft mit den wichtigsten Branchenorganisationen – Reifenverband Schweiz (RVS), AGVS (Autogewerbeverband Schweiz), Touring Club Schweiz (TCS) sowie Einkaufsorganisation des Schweizerischen Auto- und Motorfahrzeuggewerbes (ESA) – die Informationsoffensive „Bessere Reifen“. Diese soll die breite Öffentlichkeit für die neue Reifenetikette sensibilisieren und so einen Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zu weniger Treibstoffverbrauch und weniger Lärm leisten. Die Reifen sind für rund 20 Prozent des Treibstoffverbrauchs eines Fahrzeugs verantwortlich. Hauptgrund dafür ist der Rollwiderstand. Im Weiteren lassen sich durch lärmarme Pneus die Rollgeräusche eines Personenwagens halbieren.
(BFE-Medienmitteilung 04.10.12; touring 27.09.12)
- 24.09. Thurgau: Ja zu Entlastungstrassen, keine Erhöhung der Strassenverkehrsabgaben** – Die Stimmberechtigten des Kantons Thurgau haben mit einem Ja-Stimmenanteil von fast 55 Prozent für den Bau der Bodensee–Thurtal-Strasse und der Oberlandstrasse ausgesprochen. Diese beiden neuen Strassen sollen die Gemeinden im Thur- und Aachtal vom Durchgangsverkehr entlasten und den östlichen Kantonsteil besser in Richtung Frauenfeld und Kreuzlingen erschliessen. Die Bodensee–Thurtal-Strasse

wird als N23 zudem voraussichtlich auf Anfang 2014 ins Nationalstrassennetz aufgenommen. Kein Einsehen hatten die Stimmberechtigten hingegen mit dem Vorschlag von Regierung und Parlament, wonach die Strassenverkehrsabgaben um zehn Prozent hätten erhöht werden sollen. Die Vorlage wurde mit einem Nein-Stimmenanteil von rund 60 Prozent abgelehnt.

(NZZ 25.09.12)

24.09. Mehr Geld für die Eisenbahnen – Schweizerische Bundesbahnen (SBB) und Privatbahnen sollen für die nächsten vier Jahre (2013-2016) 9,45 Milliarden Franken für Betrieb, Unterhalt und Substanzerhalt ihrer Infrastruktur erhalten. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Finanzierung und die Leistungsvereinbarung einstimmig genehmigt. Den Eisenbahnen stehen somit durchschnittlich 600 Millionen Franken pro Jahr zusätzlich zur Verfügung. Dieser Betrag wird durch höhere Bundesbeiträge und Trassengebühren bestritten. Ein Teil der zusätzlichen finanziellen Mittel stammt aus dem Fonds zur Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte (FinöV). Die Leistungsvereinbarung ist die letzte dieser Art; künftig soll die Vorlage zur Finanzierung und zum Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) die Geldflüsse regeln.

(NZZ 25.09.12; BBl 2012 S. 8395-8402)

23.09. Knappes Ja zu Bellenzer Autobahnausfahrt – Die Stimmberechtigten des Kantons Tessin haben sich mit einem Ja-Stimmenanteil von knapp 51 Prozent für den Projektierungskredit von 2,5 Millionen und damit für die 60 Millionen Franken teure Realisierung der neuen Autobahnausfahrt von Bellinzona ausgesprochen. Während im Raum Bellinzona eine deutliche Mehrheit die A2-Ausfahrt befürwortete, sprachen sich die Stimmberechtigten in den Agglomerationen von Lugano und Locarno dagegen aus. Zur Abstimmung war es gekommen, weil die Tessiner Grünen das Referendum gegen den geplanten Bau einer Autobahnausfahrt für Bellinzona Mitte durchgesetzt hatten.

(NZZ 24.09.12)

23.09. Autobahnzubringer im Knonauer Amt angenommen – Mit einem Ja-Stimmenanteil von fast 63 Prozent haben die Stimmberechtigten und sämtliche Gemeinden im Kanton Zürich den geplanten Zubringer zur Autobahn A4 durch die Ortschaften Ottenbach und Obfelden im Knonauer Amt angenommen.

(NZZ 24.09.12)

23.09. Autosteuern sinken im Kanton Bern massiv – Bei der Neuordnung der Besteuerung der Strassenfahrzeuge haben die Stimmberechtigten des Kantons Bern der vom Regierungsrat unterstützten Variante „Ecotax“ des Kantonsparlaments mit einem Nein-Stimmenanteil von 55 Prozent eine Abfuhr erteilt. Ein ebenfalls vorliegender Volksvorschlag wurde mit 54 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen und schwang somit auch bei der zweiten Auflage dieser Abstimmung, die nach einem juristischen Hickhack wiederholt werden musste, obenaus – diesmal jedoch viel deutlicher. Das bedeutet konkret, dass die Motofahrzeugsteuern im Kanton Bern per Anfang 2013 massiv reduziert werden und Autobesitzer ein Drittel weniger bezahlen müssen als bisher.

(BZ 24.09.12)

21.09. Studie zu den Auswirkungen des Lötschberg-Basistunnels veröffentlicht – Gemäss einer aktuellen Studie „Verkehrliche und räumliche Auswirkungen des Lötschberg-Basistunnels“ hat die Zahl der Bahnreisenden zwischen Bern und dem Oberwallis in

den Jahren 2007-2011 um 74 Prozent zugenommen. Dennoch würde der quantifizierbare Nutzen des Lötschberg-Basistunnel der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT) mit 88 Millionen Franken pro Jahr deutlich unter den jährlich anfallenden Folgekosten des Objekts, die rund 150 Millionen Franken betragen, liegen. Unter dem Strich relativieren die Erkenntnisse der Studie die Auswirkungen der aufwendigen Verkehrsinfrastruktur auf die Wirtschaft. Gering seien die Wirkungen, was die Verkehrsverlagerung von der Strasse auf die Schiene angeht: Vier Prozent der Reisenden durch den Lötschberg-Basistunnel sind „Umsteiger“, während elf Prozent ohne diese „S-Bahn“ ins Wallis zuhause geblieben wären. Im Güterverkehr habe weniger eine Verlagerung von Strasse auf die Schiene als vielmehr von der Gotthard- auf die Lötschbergachse stattgefunden.

(NZZ 25.09.12; ARE-Medienmitteilung 21.09.12)

20.09. Ständerat will 100-Franken-Vignette – Mit 38 zu null Stimmen bei zwei Enthaltungen hat der Ständerat beschlossen, den Betrag der Autobahnvignette von heute 40 auf künftig hundert Franken anzuheben. Zudem soll es neu eine Zweimonatsvignette geben, die 40 Franken kostet. Um die Strassen vom Stau zu befreien, brauche es einfach mehr Geld, sagte etwa This Jenny (svp, Glarus). Im Weiteren entschied das „Stöckli“, den sieben Kilometer langen Tunnel kurz vor Locarno ins Nationalstrassennetz aufzunehmen. Mit 30 zu sieben Stimmen stellte sich der Ständerat hingegen gegen die Aufnahme der Autoverladestrecken am Lötschberg und an der Vereina ins Hochleistungsstrassennetz. Nach dem Nationalrat verlangt nun auch die Kleine Kammer, dass der Bundesrat mit Blick auf die Nationalstrassen ein strategisches Entwicklungsprogramm erarbeitet.

(NZZ 21.09.12 und 19.09.12)

17.09. Tankstellenshops rund um die Uhr geöffnet – Der Ständerat hat beschlossen, dass Tankstellenshops an rege befahrenen Hauptverkehrsachsen sowie Autobahnraststätten rund um die Uhr das ganze Sortiment verkaufen dürfen. Wegen einer kleinen Differenz geht die Vorlage zurück an den Nationalrat.

(NZZ 18.09.12)

14.09. Zurückhaltung bei Agrotreibstoffen – Der Bundesrat schätzt das klimaschonende Potenzial von so genannten Agrotreibstoffen als gering ein. Die Landesregierung lehnt deshalb eine verstärkte Förderung der Beimischung von biogenen zu fossilen Treibstoffen ab. Dies geht aus einem vom Bundesrat verabschiedeten Bericht hervor.

(NZZ 15.09.12)

28.08. Volksinitiative „für eine vernünftige Finanzierung der Gesundheitskosten“ lanciert – Eine Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbaren Energien, Alkohol, Tabak, Spielbanken sowie Betäubungsmitteln, Zucker und Fett soll gemäss der neu lancierten Eidgenössischen Volksinitiative „für eine vernünftige Finanzierung der Gesundheitskosten“ künftig die Leistungen der Kranken- und Unfallversicherung finanzieren.

(NZZ 29.08.12; BBl 2012 S. 7877-7879)

20.08. Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen im Jahr 2011 – Gemäss dem Jahresbericht 2011 des Bundesamts für Strassen (ASTRA) zur Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit der Nationalstrassen sind auf den schweizerischen Autobahnen im Jahr 2011 knapp 26 Milliarden Fahrzeugkilometer zurückgelegt worden – oder 2,8 Prozent

mehr als 2010. Insgesamt werden heute auf den Nationalstrassen fast 41 Prozent des gesamten Motorfahrzeugverkehrs der Schweiz abgewickelt. Der wachsende Verkehr schlug sich in Verkehrsunterbrüchen und Staus nieder: 2011 wurden total rund 19'150 Stautunden erfasst. Das waren 20 Prozent mehr als 2010. Gut zwei Drittel aller Stautunden (rund 15'800) waren auf Verkehrsüberlastung zurückzuführen, was einer Zunahme von 34 Prozent gegenüber 2010 entsprach. Während die Fahrleistung auf dem gesamten Strassennetz seit 1990 um rund ein Viertel angestiegen ist, hat sich die Fahrleistung auf den Nationalstrassen im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt (plus fast 108%). In den vergangenen 20 Jahren haben die Nationalstrassen praktisch das ganze zusätzliche Verkehrsaufkommen im motorisierten Individualverkehr aufgenommen.

(ASTRA-Medienmitteilung und -Jahresbericht 2011 20.08.12)

20.08. Im Jahr 2013 erhält die Schiene zwei Milliarden Franken von der Strasse – Im Jahr 2013 werden die Strassenbenützer wiederum die Strasseninfrastruktur und im Umfang von zwei Milliarden Franken auch einen Grossteil der neuen Schieneninfrastruktur bezahlen. Die ausgewiesenen und die geschätzten Gesamteinnahmen des Bundes aus Strassen- und Autosteuern belaufen sich 2013 voraussichtlich auf gegen 9,4 Milliarden Franken.

(Medienmitteilung strasseschweiz 20.08.12)

14.08. Agglomerationsprogramme der zweiten Generation eingereicht – Gemäss dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) sind bis Ende Juni 2012 über 40 Agglomerationsprogramme der zweiten Generation beim Bund eingereicht worden. Allein die darin zur Mitfinanzierung beantragten Investitionskosten der Vorhaben von erster und zweiter Priorität, deren Baubeginn ab 2015 bzw. 2019 vorgesehen ist, belaufen sich auf rund 20 Milliarden Franken. Die Beteiligung des Bundes beträgt maximal 50 Prozent, was zehn Milliarden Franken entspricht. Dieser Betrag übersteigt allerdings die verfügbaren finanziellen Mittel um das Fünffache. Im Infrastrukturfonds, dessen Laufzeit im Jahr 2027 endet, sind lediglich noch knapp zwei Milliarden Franken für Agglomerationsprogramme reserviert. Angesichts der steigenden Diskrepanz zwischen dem ausgewiesenen Bedarf und den zur Verfügung stehenden Mitteln wird der Bund laut ARE seine Überlegungen intensivieren, wie die Mitfinanzierung weiter zu entwickeln ist.

(NZZ 15.08.12; „Blick“ 15.08.12; ARE-Medienmitteilung 14.08.12)

27.07. WEKO verlängert KFZ-Bekanntmachung – Die Wettbewerbskommission (WEKO) hat bereits Mitte Juli 2012 entschieden, ihre Bekanntmachung über die wettbewerbsrechtliche Behandlung von vertikalen Abreden im Kraftfahrzeughandel (so genannte KFZ-Bekanntmachung) vorläufig unverändert beizubehalten. In einer Medienverlautbarung hat sich der AGVS (Autogewerbeverband der Schweiz) über den WEKO-Entscheid erfreut gezeigt und diesen mit Erleichterung zur Kenntnis genommen. Ein Einschwenken der WEKO auf die völlige Marktliberalisierung analog der Europäischen Union (EU) hätte gemäss AGVS vor allem die Marktstellung der Hersteller gestärkt und die Ausgangslage für die Garagisten – auch zum Nachteil der Konsumenten – massiv verschlechtert.

(WEKO-Medienmitteilung 27.07.12; AGVS-Medienmitteilung 27.07.12)

- 26.07. Neue Umfahrung von Lugano offiziell dem Betrieb übergeben** – Nach siebenjähriger Bauzeit ist der neue Luganeser Umfahrungstunnel Vedeggio–Cassarate offiziell für den Verkehr frei gegeben worden. Das neue 2,8 Kilometer lange und 355 Millionen Franken teure Bauwerk führt von der Autobahnausfahrt Lugano-Nord ins Cassarate-Tal nördlich des Fussballstadions Cornaredo und soll die täglichen Staus auf den Zufahrtsstrassen der Vergangenheit angehören lassen. Von den Baukosten hat der Bund gut 200 Millionen Franken übernommen.
(NZZ 23.07.12; BaZ 24. 07.12 und 27.07.12)
- 19.07. Deutliche Abnahme der Treibhausgasemissionen im Jahr 2011** – Gemäss der CO₂-Statistik des Bundesamts für Umwelt (BAFU) hat sich der CO₂-Ausstoss im Jahr 2011 gegenüber 2010 um knapp vier Prozent vermindert; die Emissionen von Treibhausgasen (CO₂, Methan, Lachgas und verschieden synthetische Gase) sind im gleichen Zeitraum sogar um rund 7,5 Prozent zurückgegangen. Nebst einem klaren Rückgang des CO₂-Ausstosses aus dem Verbrauch von Brennstoffen (minus 6,1%) hat auch der Ausstoss im Treibstoffsektor (minus 1,1%) leicht abgenommen. Dafür zeichneten zwei Gründe verantwortlich: Erstens vermochte die deutliche Verringerung der spezifischen CO₂-Emissionen neuer Personenwagen (von 175 auf 155 Gramm pro Kilometer zwischen 2008 und 2011) die Zunahme der Verkehrsleistung zu kompensieren, und zweitens reduzierte der starke Schweizer Franken den Tanktourismus. Trotz allem lag 2011 der CO₂-Ausstoss aus dem Verbrauch von Treibstoffen noch immer fast 12 Prozent über dem Niveau von 1990. Wird der Kauf von ausländischen Emissionszertifikaten im Umfang von 2,8 bis drei Millionen Tonnen CO₂ (Kohlendioxid) pro Jahr berücksichtigt, lagen die Emissionen 2011 6,5 bis 7,8 Prozent unter dem Wert von 1990 – dies bei einem Reduktionszielwert von acht Prozent für die Periode 2008-2012; der gesamte CO₂-Ausstoss gemäss CO₂-Gesetz befand sich um zirka 14 Prozent unter dem Niveau von 1990 (Reduktionszielwert von 10% für die Periode 2008-2012). Via die Stiftung Klimarappen, die durch eine Abgabe auf Treibstoffen alimentiert wird, erfolgt eine Deckung der Ziellücke mittels Auslandzertifikaten. Nicht zuletzt deshalb dürfte die Schweiz ihre Kyoto-Ziele voraussichtlich erreichen.
(NZZ 20.07.12; BAFU-Medienmitteilung 19.07.12)
- 13.07. Preisüberwacher federt Preisanstieg im öV ab** – Die Tarife für Kunden des öffentlichen Verkehrs (öV) steigen im Dezember 2012 weniger stark an als ursprünglich von der Branche geplant. Der Preisüberwacher und der Verband der Transportunternehmen haben sich auf einen Aufschlag von 5,2 statt 5,6 Prozent geeinigt. Einzelbillette in der 2. Klasse werden drei statt vier Prozent teurer. Der Preis für ein Generalabonnement (GA) für Erwachsene in der 2. Klasse erhöht sich um sechs statt 6,3 Prozent auf neu 3'550 Franken.
(NZZ 14./15.07.12)
- 12.07. Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle auf A9: Positives Fazit** – Nach einer rund einjährigen Testphase zieht das Bundesamt für Strassen (ASTRA) ein positives Fazit aus dem Einsatz der mobilen Abschnittsgeschwindigkeitskontrolle (AGK) auf der Autobahn A9 im Kanton Waadt. Die Anzahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen sei während dieser Testphase gegenüber vorher stark zurückgegangen, und der Verkehr habe sich homogener abgewickelt. Ende Mai 2012 erhielt die AGK daher die definitive Betriebszulassung. Die mobile Anlage wird künftig nur dort eingesetzt, wo sie ihre Stärken ausspielen kann: nämlich auf einspurigen Strecken, insbesondere im Baustellen-

bereich auf Nationalstrassen.
(ASTRA-Medienmitteilung 12.07.12)

- 05.07. **Strengere Effizienzkriterien für Neuwagen ab Januar 2013** – Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) verschärft die Energieeffizienzkategorien der Energieetikette für neue Personenwagen. Diese Energieetikette wird vom UVEK jährlich (Stichdatum 31. Mai) dem neuesten Stand der Technik angepasst, da sonst der Anteil an Fahrzeugen in der besten Effizienzklasse A ständig zunehmen würde. Die angepasste Verordnung des UVEK über Angaben auf der Energieetikette von neuen Personenwagen (VEE-PW) gilt ab 1. August 2012 mit einer Übergangsfrist bis 31. Dezember 2012. Durch verbesserte Motoren sind der Treibstoffverbrauch und die CO₂-Emissionen von Neuwagen stetig gesunken. Heute liegt der durchschnittliche CO₂-Ausstoss der Neufahrzeuge in der Schweiz bei 153 Gramm Kohlendioxid (CO₂) pro Kilometer.
(BFE-Medienmitteilung 05.07.12; AS 2012 S. 4055)
- 28.06. **Gesamtenergieverbrauch 2011 um 6,5 Prozent gesunken** – Gemäss dem Bundesamt für Energie (BFE) ist im Jahr 2011 der Gesamtenergieverbrauch in der Schweiz gegenüber 2010 um 6,5 Prozent auf 852'330 Terajoule (TJ) zurückgegangen. Für diese Abnahme zeichnet primär die ausgesprochen warme Witterung verantwortlich. Laut Meteo Schweiz war 2011 das wärmste Jahr seit Beginn der Messungen im Jahr 1864. Während der Brennstoffverbrauch stark sank, nahm der Treibstoffverbrauch insgesamt um gut ein Prozent zu. Dabei stieg der Absatz von Dieselöl (plus 2,6%) und vor allem der Flugtreibstoffe (plus 9,6%) deutlich an. Der Benzinverbrauch war – wie bereits in den vergangenen zehn Jahren – rückläufig (minus 3,9%). Der Trend zur Substitution von Benzin durch Dieseltreibstoff setzte sich damit ungebrochen fort. Nicht zuletzt wuchs auch der Verbrauch von Biotreibstoffen an (plus 7,1%).
(BFE-Medienmitteilung 28.06.12)
- 27.06. **Bundesrat schlägt Bau eines zweiten Gotthard-Strassentunnels vor** – Damit die für die Schweiz und Europa wichtige Gotthard-Verbindung auch während der Sanierung des bestehenden Gotthard-Strassentunnels erhalten bleibt, schlägt der Bundesrat den Bau einer zweiten Röhre – ohne Kapazitätserweiterung – vor. So könnten Funktionalität, Sicherheit, Verträglichkeit und Verfügbarkeit der Gotthard-Route zusätzlich erhöht werden. Der Bau eines zweiten Strassentunnels durch den Gotthard mit anschliessender Sanierung der bestehenden Röhre kostet gemäss Bundesrat total rund 2,8 Milliarden Franken. Sobald beide Tunnel in Betrieb sein werden, würde es in jeder Röhre je eine Fahrspur und einen Pannestreifen geben. Mit dem Bau eines zweiten Gotthard-Strassentunnels wird der Alpenschutzartikel in der Bundesverfassung laut Bundesrat nicht tangiert. Die Strassenkapazitäten würden nicht erhöht. Um Klarheit zu schaffen und entsprechende Befürchtungen zu entkräften, will die Landesregierung die Beschränkung auf eine Fahrspur pro Richtung im Gesetz über den Strassentransitverkehr im Alpenraum (STVG) verankern und somit dem Parlament eine referendumsfähige Vorlage unterbreiten.
In einer Medienverlautbarung hat **strasseschweiz** den Entscheid des Bundesrats als weitsichtig taxiert. Während viele weitere Verbände sowie Parteien den Beschluss ebenfalls begrüsst und befürworteten, wurde von gegnerischer Seite massiv Kritik geübt und bereits das Referendum angekündigt.

(NZZ 28.06.12; BaZ 28.06.12; „Bund“ 28.06.12; ASTRA-Medienmitteilung 27.06.12; Medienmitteilung **strasseschweiz** 27.06.12)

- 27.06. **Klimarappen vorzeitig eingestellt** – Die Stiftung Klimarappen stellt die seit 2005 erhobene Abgabe von 1,5 Rappen pro Liter Treibstoff Ende August 2012 vorzeitig ein. Die Reserven reichten aus, um die Verpflichtungen bis 2014 erfüllen zu können. Mit der Inkraftsetzung des revidierten CO₂-Gesetzes auf Anfang 2013 gehe die Phase des freiwilligen Klimaschutzes in der Schweiz zu Ende.
(NZZ 28.06.12; Medienmitteilung Stiftung Klimarappen 27.06.12)
- 26.06. **Sinkende Dieseleruss-Emissionen trotz höheren Dieserverbrauchs** – Gemäss dem Bericht „Weniger Russ aus Dieselmotoren“ des Bundesamts für Umwelt (BAFU) hat sich der Verbrauch von Dieselöl für Fahrzeuge in den vergangenen 15 Jahren verdoppelt. Trotzdem geht die Belastung der Atemluft durch gefährlichen Dieseleruss insbesondere dank effizienten Partikelfiltern allmählich zurück. Die grössten Fortschritte wurden bislang im Schwerverkehr sowie im öffentlichen Verkehr erzielt. In der Schweiz ist heute bereits jeder dritte Neuwagen mit einem Dieselmotor ausgestattet. Infolge dessen nimmt der Anteil der Dieselfahrzeuge am gesamten Personenwagenbestand auf Kosten der Benzinautos laufend zu. Dadurch ist der Anteil der dieselpetriebenen Fahrzeuge an der gesamten Personenwagenflotte in der Schweiz seit mehreren Jahren steigend und lag Ende September 2011 bei knapp 20 Prozent.
(NZZ 27.06.12; BAFU-Medienmitteilung und -Bericht 26.06.12)
- 25.06. **CO₂-Importabgabe für Neuwagen ab 1. Juli 2012** – Ab 1. Juli 2012 gilt die neue CO₂-Emissionsabgabe für den Import von Neuwagen. Bei einem Wagen der oberen Mittelklasse kann das schnell 20'000 Franken ausmachen. Im Mittelklassebereich schwankt der Aufschlag zwischen null und gut 9'000 Franken. Insgesamt dürfte der Grossteil der Autos allerdings teurer werden. Der Bundesrat schätzt, dass die neue CO₂-Regelung bis 2015 etwa 70 bis 120 Millionen Franken einbringen wird.
(20Minuten 26.06.12)
- 20.06. **Mitgliederversammlung von strasseschweiz verabschiedet Resolution** – **strasseschweiz** – Verband des Strassenverkehrs FRS hat anlässlich seiner 67. ordentlichen Mitgliederversammlung eine Resolution verabschiedet. Diese verlangt, dass ein strategisches Entwicklungsprogramm für die Strasseninfrastruktur auf der Basis der Botschaft des Bundesrats zur Beseitigung der Engpässe auf dem Nationalstrassennetz erarbeitet und ein Strasseninfrastrukturfonds – analog des geplanten Bahninfrastrukturfonds (BIF) – zur Finanzierung dieses Programms geschaffen wird sowie dass die Vorlagen über Finanzierung und Ausbau der Bahn- und Strasseninfrastruktur konzeptionell und zeitlich rasch auf den gleichen Stand gebracht werden. Im Weiteren hat die Mitgliederversammlung turnusgemäss einen neuen Präsidenten gewählt. Für die kommenden drei Jahre wird Niklaus Zürcher, Direktor des Automobil Club der Schweiz (ACS), das Zepter beim Dachverband der Automobilwirtschaft und des privaten Strassenverkehrs in der Hand halten.
(Info **strasseschweiz** 20.06.12)
- 20.06. **Befristete Ausnahmeregelung für Strassentransporte auf Gotthardroute** – Damit der Güterverkehr auf der Gotthardroute während der Sperrung der SBB-Strecke infolge eines Felssturzes bei Gurnellen (UR) aufrecht erhalten werden kann, hat das Bundesamt

für Strassen (ASTRA) beschlossen, für Gütertransporte durch den Gotthard-Strasstunnel sowie über die Gotthard-Passstrasse vorübergehend eine Ausnahmeregelung zu erlassen. Demnach werden Transporte mit gefährlichen Gütern, die normalerweise mit der Bahn erfolgen, unter strengen Auflagen begünstigt.
(NZZ 21.06.12; ASTRA-Medienmitteilung 20.06.12)

17.06. Verkehrsabgabengesetz im Kanton Zürich angenommen – Das neue Verkehrsabgabengesetz ist von den Stimmberechtigten im Kanton Zürich mit gut 58 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden. Damit wird die Berechnung der Verkehrsabgaben auf eine komplett neue Basis gestellt. So müssen die Halter von schweren Fahrzeugen mit schlechten Abgaswerten in Zukunft eine höhere Verkehrsabgabe entrichten. Und für leichte und sparsame Autos sinkt der Tarif. Zählen Personenwagen zur Energieeffizienz-kategorie A, wird bis maximal vier Jahre ein Rabatt von 80 Prozent gewährt. Auch für Lastwagen und Motorräder spielen bei der Bemessung der Abgabe künftig Abgaswerte eine Rolle. Seit 1973 war eine Anpassung der Verkehrsabgaben fünfmal an der Urne und zweimal im Kantonsrat gescheitert.
(NZZ 18.06.12)

15.06. Schlussabstimmung in den eidgenössischen Räten – Der Nationalrat hat mit 132 zu 59 und der Ständerat mit 36 zu einer Stimme(n) die Revision des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) gutgeheissen, die unter der Flagge des Verkehrssicherheitsprogramms „Via sicura“ segelte. Wesentlicher Teil der SVG-Revision ist nicht zuletzt, dass schärfere Massnahmen gegen Raser verankert wurden und der Bundesrat die Gesetzesvorlage deshalb als indirekten Gegenvorschlag zur Raser-Initiative propagiert.
(NZZ 16.06.12; BBl 2012 S. 5959-5986; AS 2012 S. 6291-6320)

11.06. „Via sicura“ auf der Zielgeraden – Der Ständerat hat im Verkehrssicherheitsprogramm „Via sicura“ bis auf eine alle noch verbleibenden Differenzen ausgeräumt. So wird für Kinder unter 14 Jahren kein Velohelmobligatorium eingeführt, und Kinder bis zum Alter von sechs Jahren dürfen auf Hauptstrassen nur in Begleitung einer mindestens 16-jährigen Person Rad fahren. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat.
(NZZ 12.06.12)

11.06. Die Bahnen erhalten mehr Geld – Ohne Gegenstimme hat der Ständerat beschlossen, dass die Eisenbahnen zwischen 2013 und 2016 insgesamt über 9,4 Milliarden Franken erhalten. Davon gehen zwei Drittel (rund 6,6 Mrd. Franken) an die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) und ein Drittel (rund 2,8 Mrd. Franken) an die Privatbahnen. Bis ins Jahr 2016 steigt das SBB-Unterhaltsbudget um gut 500 Millionen Franken. Dazu tragen höhere Bundesbeiträge (235 Mio. Franken) und Trassengebühren (275 Mio. Franken) bei. Ein Teil der zusätzlich benötigten finanziellen Mittel stammt aus dem Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV). Ständerat Georges Theiler (fdp, Luzern) wies darauf hin, dass 2010 die Erlöse der Bahn lediglich gut 40 Prozent des Betriebsaufwands gedeckt haben. Zudem sollten die Passagiere wissen, dass im Durchschnitt rund die Hälfte der Kosten ihres Billets vom Staat bezahlt wird.
(NZZ 12.06.12; BaZ 12.06.12)

08.06. Grünes Licht für Bahnausbauten – Der Bundesrat hat weitere finanzielle Mittel freigegeben, die aus dem Fonds zur Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte (FinöV) stammen und für den Anschluss an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz

(HGV) verwendet werden. Es handelt sich dabei um die elfte Tranche von insgesamt rund 1,3 Milliarden Franken, welche die folgenden Vorhaben betrifft: den Ausbau der Station Roggwil-Berg sowie den Ausbau mehrerer Bahnhöfe zwischen Delsberg und Delle im Kanton Jura auf der Strecke Biel–Belfort.
(NZZ 09.06.12)

- 06.06. **SBB Cargo reduziert Netz** – SBB Cargo hat die Redimensionierung ihres Netzes im Wagenladungsverkehr abgeschlossen. Demnach werden ab Dezember 2012 noch 374 statt wie bis anhin 502 Punkte bedient. Unter dem Strich wollen die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) damit jährlich netto 28 Millionen Franken einsparen. Dauerhaft saniert ist der defizitäre Schienengüterverkehr auf diese Weise aber immer noch nicht. Das Handicap besteht nicht zuletzt darin, dass sich so lange kein Markt bei den Traktionsleistungen etablieren lässt, als niemand von privater Seite Geld in die Hand nimmt, um SBB Cargo ernsthaft zu konkurrenzieren bzw. sich an diesem Unternehmen zu beteiligen. Nebst aufwendigen Rangierbewegungen sind auch die fortschreitende Expansion des Personenverkehrs sowie das Fehlen von Kostenvergleichen mangels Konkurrenten Kostentreiber.
(NZZ 07.06.12)
- 01.06. **Service public in der Bundesverfassung** – Der Nationalrat hat es mit 96 zu 47 Stimmen abgelehnt, eine Motion abzuschreiben, welche die Verankerung der Grundversorgung (Service public) in der Bundesverfassung verlangt. Die Grosse Kammer stellt sich damit gegen den Entscheid des Bundesrats, auf einen neuen, allgemeinen Verfassungsartikel über die Grundversorgung zu verzichten.
(NZZ 01.06.12)
- 01.06. **LSVA steigt um knapp ein Prozent** – Der Bundesrat hat Änderungen der Schwerverkehrsabgabeverordnung (SVAV) per 1. Juli 2012 in Kraft gesetzt. Dadurch erhalten emissionsarme Lastwagen (Euro 5 und 6) einen Rabatt von zehn Prozent. Zugleich wird die LSVA wegen der aufgelaufenen Teuerung um knapp ein Prozent erhöht. Ferner dürfen Lastwagen künftig frühestens nach sieben Jahren von der günstigsten in die mittlere Abgabekategorie, in der sie eine höhere LSVA bezahlen müssen, verschoben werden.
(NZZ 02.06.12; BAV-Medienmitteilung 01.06.12; AS 2012 S. 3423-3426)
- 31.05. **Autobahnvignette soll 70 Franken kosten** – Der Bund übernimmt von den Kantonen gegen 400 Kilometer Strassen. Der Nationalrat will ihm dafür insofern mehr Mittel geben, als die Autobahnvignette (Nationalstrassenabgabe) von heute 40 auf künftig 70 Franken erhöht werden soll. Mit Blick auf die Bedürfnisse von Touristen hat die Grosse Kammer die Einführung einer Zweimonatsvignette für 40 Franken gutgeheissen. Gegen den Willen des Bundesrats neu ins Nationalstrassennetz aufgenommen hat der Nationalrat den Autoverlad auf der Vereina-Strecke der Rhätischen Bahn.
(NZZ 01.06.12)
- 31.05. **„Via sicura“: Nationalrat schwenkt auf Haltung von Stände- und Bundesrat ein** – Der Nationalrat hat sich bei der Frage der Alkoholkontrolle mit 96 zu 87 Stimmen dem Ständerat angeschlossen: Neu soll statt einer Blutprobe auch ab 0,8 Promille ein Atemlufttest genügen und als beweissicher gelten. Bluttest sind nur noch bei Verdacht auf Drogen vorgesehen oder wenn dies der Kontrollierte ausdrücklich verlangt. Auf diese

Weise kann die Polizei gemäss Bundesamt für Strassen (ASTRA) dreimal mehr Alkoholkontrollen als heute durchführen. Ferner will jetzt auch der Nationalrat, dass Kinder bis sechs Jahre mit dem Velo nur unter Aufsicht einer mindestens 16jährigen Person auf Hauptstrasse unterwegs sein dürfen. Zudem ist der Nationalrat damit einverstanden, dass der Bund künftig mit den Kantonen bauliche Vorgaben für Fussgängerstreifen erlassen darf. Im Gegensatz zum Ständerat hält die Grosse Kammer allerdings weiter daran fest, dass Kinder unter 14 Jahre beim Radfahren nicht zum Helmtragen verpflichtet werden.

(NZZ 01.06.12; BaZ 01.06.12)

24.05. WEKO sanktioniert BMW AG – Die Wettbewerbskommission (WEKO) hat der BMW AG (München) eine Sanktion von rund 160 Millionen Franken auferlegt, weil Letztere den Direkt- und Parallelimport behindert haben soll. Die BMW AG habe den Schweizer Markt abgeschottet, indem sie den zugelassenen Händlern im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) untersagte, Neuwagen der Marken BMW und MINI an Kunden in der Schweiz zu verkaufen. Gemäss WEKO muss die BMW AG ihre Händlerverträge im EWR anpassen sowie die darin enthaltene Exportverbotsklausel aufheben. Zudem seien die zugelassenen Händler im EWR über diese Änderung zu informieren. Die BMW-Zentrale in München kündigte bereits den Weiterzug des Falls vor das Bundesverwaltungsgericht an.

(NZZ 25.05.12; „Blick“ 25.05.12; WEKO-Medienmitteilung 24.05.12; AR 31.05.12)

19.05. Auto-Partei-Delegierte geben grünes Licht für Volksinitiativen – Die Delegierten der Auto-Partei haben einstimmig die Lancierung von drei Eidgenössischen Volksinitiativen beschlossen. Mit dem ersten Volksbegehren soll der Bund dazu verpflichtet werden, das Nationalstrassennetz dem exorbitant gestiegenen Verkehrsaufkommen anzupassen. Die zweite Initiative soll die Finanzierung des verlangten Ausbaus des Nationalstrassennetzes sicherstellen. Statt wie bislang 50 Prozent des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf den Treibstoffen sollen künftig hundert Prozent ausschliesslich für Strassenzwecke verwendet werden. Mit dem dritten Vorhaben wird beabsichtigt, die Tempolimiten auf Autobahnen und Ausserortsstrecken auf das Niveau anzuheben, das vor der so genannten Waldsterbenslüge galt. Zudem soll der Entwicklung von immer mehr Tempo-30-Beschränkungen Einhalt geboten werden.

(Medienmitteilung Auto-Partei 19.05.12)

19.05 Bedingter Rückzug der Klima-Initiative – Das Komitee der Eidgenössischen Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“ (Klima-Initiative) hat sein Begehren bedingt zurück gezogen. Diese bedingte Rückzugserklärung ist nun wirksam geworden, weil die Referendumsfrist gegen das total revidierte CO₂-Gesetz als indirekter Gegenvorschlag zur Klima-Initiative unbenutzt abgelaufen ist.

(BBl 2012 S. 5640)

09.05. Massnahmenpaket gegen Eisenbahnlärm – Der Bundesrat hat ein neues Massnahmenpaket zur Bekämpfung des Eisenbahnlärms in die Vernehmlassung geschickt. Konkret will die Landesregierung auf das Jahr 2020 neue Lärmgrenzwerte für Güterwagen in Kraft setzen. Damit werden Güterwagen mit Grauguss-Bremssohlen in der Schweiz faktisch verboten. Weitere Bestandteile des Pakets sind die Förderung von leisem Rollmaterial, Lärm dämpfende Massnahmen an den Schienen sowie weitere Lärmschutzwände und Sanierungen von Stahlbrücken. Für die Umsetzung des Mass-

nahmenpakets veranschlagt der Bundesrat rund 160 Millionen Franken. Damit werden voraussichtlich rund 340 Millionen Franken des Kredits von einer halben Milliarde Franken nicht beansprucht und verbleiben im Fonds zur Finanzierung der Eisenbahngrossprojekte (FinöV).

(NZZ 10.05.12; BAV-Medienmitteilung 09.05.12)

09.05. Bundesrat empfiehlt Raser-Initiative zur Ablehnung – Der Bundesrat hat die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Schutz vor Rasern“ (Raser-Initiative) zuhanden des nationalen Parlaments verabschiedet. Darin begrüsst die Landesregierung zwar grundsätzlich die Stossrichtung des Volksbegehrens, erachtet deren wichtigsten Anliegen allerdings im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags mit dem Verkehrssicherheitspaket „Via sicura“ sowie der Vorlage „Harmonisierung der Strafrahmen“ weitgehend als erfüllt. Aus diesem Grund beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten, die Raser-Initiative Volk und Ständen mit der Empfehlung zu unterbreiten, die Initiative abzulehnen, und auf einen direkten Gegenentwurf zu verzichten. (NZZ 10.05.12; BaZ 10.05.12; ASTRA-Medienmitteilung 09.05.12; BBl 2012 S. 5487-5502)

08.05. Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010 präsentiert – Gemeinsam haben die Bundesämter für Statistik (BFS) und Raumentwicklung (ARE) die Ergebnisse des Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010 präsentiert. Die durchschnittlich im Tag zurückgelegte Distanz pro Person sei zwischen 2005 und 2010 von rund 35 auf fast 37 Kilometer gestiegen. Dies fusse primär auf eine Zunahme der gefahrenen Bahnkilometer. In der Schweiz lege jede Person pro Jahr 20'500 Kilometer zurück, davon 14'000 im Inland, den Rest im Ausland. Während die Wege für Arbeit und Einkauf zugenommen hätten, seien jene für die Freizeitaktivitäten geschrumpft. Obwohl die Freizeit aufgrund rund 40 Prozent aller im Inland absolvierten Tagesdistanzen nach wie vor der mit Abstand wichtigste Verkehrszweck sei, habe dieser Anteil seit 2005 um fünf Prozentpunkte abgenommen. Bei den meisten Verkehrszwecken dominiere mit Distanzanteilen von 60 und 90 Prozent das Auto. Die grosse Ausnahme würden die Ausbildungswege darstellen, bei denen über 60 Prozent der Kilometer mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowie gegen 20 Prozent mit dem Velo oder zu Fuss zurückgelegt werden. Gut die Hälfte der Bahnpendler würden täglich Distanzen von zwischen 20 und 80 Kilometer bewältigen, bei den Autopendlern absolvierten 60 Prozent hingegen weniger als zehn Kilometer. Bemerkenswert sei nicht zuletzt der starke Rückgang des Führerscheinbesitzes bei jungen Erwachsenen: Während 1994 noch gut 70 Prozent der 18- bis 24-Jährigen über einen Fahrausweis verfügten, habe dieser Wert 2010 bei nur noch knapp 60 Prozent gelegen.

(NZZ 09.05.12; „Bund“ 09.05.12; BaZ 09.05.12; AR 16.05.12; BFS-Medienmitteilung 08.05.12)

08.05. Ölraffinerie Cressier gerettet – Die Erdöl-Raffinerie in Cressier (NE), eine von zwei solcher Anlagen in der Schweiz, geht in finanzstarke Hände über. Der Ölhändler Vitol aus Genf übernimmt den Betrieb von Petroplus. Für die Übernahme schliesst sich Vitol mit AtlasInvest zur Varo Holding zusammen. Die Varo Holding beabsichtigt, den Betrieb der Raffinerie noch vor Mitte des laufenden Jahres wieder hochzufahren. (AR 09.05.12)

03.05. 24-Stunden-Betrieb in Tankstellenshops – Der Nationalrat will die Ladenöffnungszeiten von Tankstellenshops liberalisieren; eine entsprechende Parlamentarische Initiative von Christian Lüscher (fdp, GE) hat die Grosse Kammer mit 105 zu 73 Stimmen bei

drei Enthaltungen angenommen. Demnach sollen Tankstellenshops künftig ihr ganzes Sortiment rund um die Uhr verkaufen dürfen. Ebenfalls soll der einschränkende Passus „mit starkem Reiseverkehr“ wegfallen. Die Gewerkschaften erachteten das Vorhaben als ersten Schritt hin zu einer vollständigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten; sie kündigten deshalb vorsorglich bereits das Referendum an.

(NZZ 04.05.12; BZ 04.05.12; „Bund“ 04.05.12; BaZ 04.05.12)

27.04. Durchschnittlicher Spritverbrauch von Neuwagen erneut gesunken – 6,39 Liter (l) pro 100 Kilometer (km) hat der spezifische Treibstoffnormverbrauch der im Jahr 2011 neu in Verkehr gesetzten Personenwagen (PW) im Durchschnitt betragen. Gegenüber 2010 (6,62 l/100 km) entspricht dies einer deutlichen Abnahme um 3,5 Prozent. Damit ist die ausgelaufene Zielvereinbarung mit dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), die 6,4 l/100 km forderte, erfüllt – mit drei Jahren Verspätung zwar, dafür ohne teure staatliche Lenkungsmechanismen. Die mittleren CO₂-Emissionen der Neuwagen sind um 3,7 Prozent gesunken und lagen 2011 bei 155 Gramm (g) CO₂ pro km (2010: 161 g/km). Hingegen erneut leicht angestiegen ist das durchschnittliche Leergewicht der neuen PW: Es betrug 2011 1'483 Kilogramm, was gegenüber 2010 einen Zuwachs um 27 Kilogramm oder 1,8 Prozent bedeutete. Zurück ging im Jahr 2011 dafür der mittlere Hubraum der Neuwagen; er lag bei noch 1'780 Kubikzentimeter (cm³). Dies waren 20 cm³ weniger als 2010. Nachdem 2009 erstmals seit 1996 der Anteil neuer Autos mit Dieselmotor gesunken war, nimmt er seit 2010 wieder zu und belief sich 2011 auf 33 Prozent (2010: 30,3 Prozent). Die neu in Verkehr gebrachten Diesel-PW verbrauchten 2011 im Durchschnitt 6 l/100 km (2010: 6,21 l/100 km); das sind rund 0,6 l oder gut neun Prozent weniger als der mittlere Verbrauch der neuen PW mit Benzinmotor. Eine ganz wichtige Rolle bei der Abnahme des durchschnittlichen Treibstoffverbrauchs spielen die Käuferinnen und Käufer von Neuwagen: Wiederum entschieden sich mehr als die Hälfte aller Neuwagenkunden für ein Fahrzeug der besten Energieeffizienz-Kategorien A oder B.

(NZZ 28.04.12; „Blick“ 28.04.12; BaZ 10.05.12. BFE-Medienmitteilung 27.04.12; Medienmitteilung und 16. Berichterstattung von auto-schweiz 27.04.12)

26.04. Schwerverkehr: Neuberechnung ergibt höhere Stauzeitkosten – Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) hat die Stauzeitkosten neu berechnet. Da in der Modellbetrachtung gemäss Vorgabe des Bundesgerichts der Schwerverkehr mehr zur Staubildung beiträgt als in der bisherigen ARE-Modellbetrachtung, fallen auch die ihm anzurechnenden Stauzeitkosten höher aus. Demnach betragen diese – bezogen auf das Jahr 2009 – gut 290 Millionen Franken und nicht, wie vom ARE früher errechnet, rund 255 Millionen Franken. Das hat gemäss ARE zur Folge, dass die Tarife der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) nicht gesenkt werden müssen, wie dies das Strassentransportgewerbe gefordert hatte.

(NZZ 27.04.12; ARE-Medienmitteilung 26.04.12)

26.04. Neue Studie zum Freizeitverkehr publiziert – Eine neue Studie, die im Auftrag des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) erstellt worden ist, hat das realisierbare Potenzial aller Autofahrten, die durch Fahrten mit dem öffentlichen Verkehr (öV) ersetzt werden könnten, auf rund 25 Millionen Kilometer pro Tag veranschlagt. Der Fokus der Studie wurde dabei auf die Bereiche „Besuche von Gastronomiestätten“ und „aktiver Sport“ sowie schwergewichtig auf Stadt- und Agglomerationsgemeinden

gelegt.

(AR 02.05.12; ARE-Medienmitteilung 26.04.12)

18.04. Atomausstieg kostet 30 Milliarden Franken – Der Bundesrat ist zum Schluss gelangt, dass der schrittweise Verzicht auf die Kernenergie machbar ist. Die Mehrkosten der so genannten Energiewende belaufen sich laut Landesregierung auf 30 Milliarden Franken bis ins Jahr 2050. Gemäss Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), wird der Atomausstieg die Schweiz allerdings vor grosse Herausforderungen stellen. Zum einen müsse der Energieverbrauch etappenweise gesenkt und zum andern der Atomstrom ersetzt werden. Trotz eines zuwanderungsbedingten Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums soll der Gesamtenergieverbrauch bis 2050 gegenüber dem Stand von 2000 um gegen 30 Prozent reduziert werden. Weil mit dem vorliegenden Paket die Ziele bis 2050 lediglich zur Hälfte erreicht werden können, bedarf es weiterer Anstrengungen. Für die Zeit nach 2020 plant der Bundesrat, die bestehenden Förderabgaben in ein Lenkungssystem überzuführen. Diesbezüglich erarbeitet das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) derzeit einen Bericht zur ökologischen Steuerreform.
(NZZ 19.04.12; BZ 19.04.12)

17.04. Treibhausgasemissionen sind im Jahr 2010 angestiegen – Gemäss dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat der Treibhausgasausstoss im Jahr 2010 insgesamt rund 54 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente betragen. Die Zunahme um fast zwei Millionen Tonnen gegenüber 2009 entspricht einem Anstieg von rund 3,5 Prozent. Diese doch markante Zunahme wurde zu 90 Prozent durch die tieferen Temperaturen während der Heizperiode verursacht. Die so genannten Heizgradtage – als Mass für den Heizenergieeinsatz – waren 2010 um 12,5 Prozent höher als 2009 und die höchsten seit 1996. Die restliche Zunahme dürfte auf die sich erholende Wirtschaft zurückzuführen sein. Der Treibhausgasausstoss aus dem Verkehrssektor lag 2010 bei 1,7 Millionen Tonnen oder knapp 12 Prozent höher als 1990. Das Maximum wurde 2008 erreicht, seither ist ein leichter Rückgang zu beobachten. Der Verkehr zeichnet heute für ein Drittel der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Diesbezüglich hat der Bund im Bereich der Emissionszertifikate mit der Stiftung Klimarappen in verschiedenen Verträgen vereinbart, dass sie dem Bund jährlich ausländische Emissionszertifikate im Umfang von rund drei Millionen Tonnen abgibt. Nicht zuletzt deshalb sowie unter Berücksichtigung des sehr milden Jahres 2011 (mit deutlich weniger Heizbedarf) kann derzeit davon ausgegangen werden, dass die Schweiz das Kyoto-Klimaziel für die Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 erreicht. Allerdings ist laut BAFU die Unsicherheit der Schätzung nach wie vor gross.
(NZZ 18.04.12; BAFU-Medienmitteilung 17.04.12)

05.04. Im Jahr 2011 erhielt die Schiene 1,95 Milliarden Franken von der Strasse – Im Jahr 2011 haben die Strassenbenützer wiederum die Strasseninfrastruktur und im Umfang von 1,95 Milliarden Franken auch einen Grossteil der neuen Schieneninfrastruktur bezahlt. Die ausgewiesenen und die geschätzten Gesamteinnahmen des Bundes aus Strassen- und Autosteuern beliefen sich auf nahezu 9,5 Milliarden Franken. Das waren 270 Millionen mehr als 2010.
(Medienmitteilung strasseschweiz 05.04.12)

- 04.04. LSWA: Rabatt für emissionsarme Lastwagen und Anpassung an Teuerung** – Der Bundesrat hat entschieden, für emissionsarme Lastwagen der Kategorie Euro 6 per 1. Juli 2012 die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) um zehn Prozent zu reduzieren. Auf den gleichen Zeitpunkt sollen zudem die LSWA-Sätze erstmals an die Teuerung angepasst werden. Nachdem ein entsprechender Beschluss des Gemischten Landverkehrsausschusses Schweiz-EU (Europäische Union) unterzeichnet sein wird, will der Bundesrat die Schwerverkehrsabgabeverordnung anpassen.
(BAV-Medienmitteilung 04.04.12)
- 29.03. Strassenverkehrsunfälle: Leichte Abnahme der Getöteten und Schwerverletzten** – Gemäss Bundesamt für Strassen (ASTRA) sind im Jahr 2011 bei Strassenverkehrsunfällen 320 Personen getötet (2010: 327), 4'437 Menschen schwer verletzt (2010: 4'458) und 18'805 leicht verletzt (2010: 19'779) worden. Eine konträre Entwicklung fand allerdings bei den auf Zebrastreifen getöteten Fussgängern statt: Hier erhöhte sich die Zahl von 20 auf 28. Hauptverantwortlich für den Rückgang betreffend die Getöteten und Schwerverletzten ist die Bilanz bei den Insassen von Personenwagen. Diese verunfallten 2011 weniger häufig als 2010, stellten mit 119 Todesopfern aber nach wie vor die grösste aller Unfallgruppen dar.
(ASTRA-Medienmitteilung 29.03.12; AR 04.04.12)
- 29.03. SBB-Zahlen des Jahres 2011** – Mehr Passagiere, ein positives Jahresergebnis und eine steigende Verschuldung: Auf diese Kurzformel lassen sich die von den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) für das vergangene Jahr präsentierten Zahlen bringen. 2011 stieg die Passagierzahl um fast drei Prozent, und die zurückgelegten Personenkilometer nahmen um gut ein Prozent zu. Im Güterverkehr reduzierten sich die Nettotonnenkilometer um fast sechs Prozent. Insgesamt erwirtschafteten die SBB mit rund 340 Millionen Franken im Jahr 2011 ein um 13,5 Prozent besseres Konzernergebnis als 2010. Trotz Mehrleistung im Personenverkehr fiel das entsprechende finanzielle Ergebnis (rund 214 Mio. Franken) in diesem Segment allerdings um rund 27 Prozent tiefer aus als 2010. Dahingegen konnte im Güterverkehr (SBB Cargo) der Verlust (knapp 46 Mio. Franken) gegenüber 2010 um gut 28 Prozent verringert werden. Die Leistungen der öffentlichen Hand für Verkehr (Betrieb) und Infrastruktur beliefen sich im Jahr 2011 auf total rund 2,95 Milliarden Franken, fast zehn Prozent mehr als 2010. Die von den SBB selber als besorgniserregend bezeichnete verzinsliche Verschuldung verminderte sich nur um gut ein Prozent und stagnierte bei rund acht Milliarden Franken. Die Nettoverschuldung betrug rund 18,6 Milliarden Franken, und zwar bei einem Eigenkapital von gut 10,3 Milliarden Franken.
(NZZ 30.03.12; BaZ 30.03.12; „Bund“ 30.03.12; SBB-Medienmitteilung 29.03.12)
- 27.03. Klima-Initiative wird zurückgezogen** – Die Eidgenössische Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“ (Klima-Initiative) wird von deren Urhebern zurückgezogen. Grund dafür ist der indirekte Gegenvorschlag in Form des total revidierten CO₂-Gesetzes. Für das Initiativkomitee stellt dieser Erlass einen gangbaren Kompromiss dar. Allerdings wollen die Klima-Initianten den Vollzug des CO₂-Gesetzes mit Argusaugen verfolgen. Zudem verlangen sie, dass das Gesetz per 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Noch fehlen aber die Ausführungsbestimmungen; diese sollen vom Bundesrat demnächst in die Anhörung geschickt werden.
(NZZ 28.03.12)

- 18.03. 702'000 Besucherinnen und Besucher am Autosalon** – Während der vergangenen zehn Tage haben gut 702'000 Personen den 82. Internationalen Automobilsalon in Genf besucht. Verglichen mit 2011 entspricht dies einer Abnahme um rund fünf Prozent. Rund 11'700 Journalisten aus mehr als 80 Ländern berichteten über den Anlass. Der nächste Automobilsalon findet vom 7. bis 17. März 2013 statt.
(NZZ 22.03.12; AR 21.03.12; „Blick“ 19.03.12)
- 16.03. Schlussabstimmungen in den eidgenössischen Räten** – Der Nationalrat hat mit 122 zu 73 und der Ständerat mit 24 zu 13 Stimmen einen Bundesbeschluss gutgeheissen, in dem das nationale Parlament Volk und Ständen die Initiative „Für ein gesundes Klima“ (Klima-Initiative) zur Ablehnung empfiehlt. Mit 195 zu null (Nationalrat) und 43 zu null Stimmen (Ständerat) haben die eidgenössischen Räte zudem das Bundesgesetz über den zweiten Schritt der Bahnreform 2 verabschiedet.
(NZZ 17.03.12; BBl 2012 S. 3435 und S. 3481-3508; AS 2012 S. 5619-5646)
- 16.03. Rekordjahr für den alpenquerenden Güterverkehr** – Im Jahr 2011 sind 25,6 Millionen Tonnen auf der Schiene durch die Schweizer Alpen transportiert worden. Insgesamt betrug die Menge im alpenquerenden Güterverkehr laut Eidgenössischem Verkehrsdepartement (UVEK) gut 40 Millionen Tonnen. Damit wurde der Maximalwert aus dem Jahr 2008 und erstmals überhaupt die Grenze von 40 Millionen Tonnen übertroffen. Die Schiene vermochte ihren Anteil von rund 63 auf fast 64 Prozent zu steigern. Die Anzahl Lastwagenfahrten wuchs lediglich marginal auf rund 1,26 Millionen. Allerdings ist dies nach wie vor beinahe doppelt so viel, wie das gesetzlich verankerte Verlagerungsziel vorsieht.
(NZZ 17.03.12; BaZ 17.03.12; UVEK-Medienmitteilung 16.03.12)
- 15.03. Bahnreform 2: Preisüberwacher wird nicht geschwächt** – Die letzte Differenz beim zweiten Schritt der Bahnreform 2 betraf die Rolle des Preisüberwachers. Nachdem der Ständerat auf die Position des Nationalrats eingeschwenkt ist, konnte diese Differenz bereinigt werden; damit ist die Vorlage bereit für die Schlussabstimmung. Ursprünglich wollte das „Stöckli“ den Preisüberwacher bereits bei der Formulierung der Ziele der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) einbeziehen. Dies, um zu verhindern, dass der Bundesrat den SBB Ziele vorgibt, die dann bei der Umsetzung durch das Veto des Preisüberwachers torpediert werden. Es sei ein Problem, dass der Preisüberwacher die Tarife unabhängig von den Zielen überprüft. In der Grossen Kammer stiess dieses Ansinnen allerdings auf äusserst heftigen Widerstand. Damit würden die Kompetenzen des Preisüberwachers bei der Festlegung der SBB-Fernverkehrstarife beschnitten und den Bahnen würde faktisch ein Blankoscheck für Tariferhöhungen ausgestellt. Angesichts der erwarteten markanten Preiserhöhungen bei der Bahn dürfe die Rolle des Preisüberwachers nicht geschwächt werden.
(NZZ 16.03.12 und 08.03.12)
- 14.03. Mehr Geld für die Strasse** – Künftig sollen 60 statt wie bis anhin 50 Prozent der Erträge aus der Mineralölsteuer dem Strassenverkehr zugute kommen. Mit 89 zu 78 Stimmen hat der Nationalrat eine entsprechende Parlamentarische Initiative genehmigt. Mit dieser Änderung würden jährlich rund 300 Millionen Franken mehr in die Spezialfinanzierung Strassenverkehr (SFSV) fliessen.
(St. Galler Tagblatt 15.03.12)

- 14.03. Petition für den Ausbau des Gotthard-Strassentunnels eingereicht** – Das Komitee für den Ausbau des Gotthardtunnels hat eine von über 20'000 Personen unterzeichnete Petition bei der Bundeskanzlei eingereicht. Diese Petition verlangt, dass mit Blick auf die Totalsanierung des bestehenden Strassentunnels am Gotthard eine zweite – einspurig betriebene – Röhre erstellt wird. Nur so könne ein gravierender wirtschaftlicher Schaden, insbesondere für den Kanton Tessin, abgewendet werden.
(Medienmitteilung Komitee für den Ausbau des Gotthardtunnels 14.03.12)
- 09.03. Neue Studie zeigt: Road Pricing könnte Strassennetz entlasten** – Eine von der Regionalkonferenz Bern-Mittelland sowie der Stadt und des Kantons Bern in Auftrag gegebene Studie gelangt zum Schluss, dass die Einführung von Road Pricing (Tagespauschale von fünf bzw. neun Franken) die Strassen im Kern der Agglomeration Bern offenbar um 15 bis zu 30 Prozent entlasten und dringend benötigte Einnahmen (260 bis zu gut 400 Mio. Franken) primär für neue Verkehrsinfrastrukturen des öffentlichen Verkehrs (öV) erzielen könnte. Der Bund soll nun die rechtlichen Voraussetzungen für entsprechende Pilotversuche schaffen. Auswirkungen auf die Umwelt und Wirtschaft sowie die für den öV-Ausbau notwendigen Kosten wurden von der Studie bewusst nicht geprüft.
(BZ 10.03.12; „Bund“ 10.03.12; Medienmitteilung Regionalkonferenz Bern-Mittelland, Kanton und Stadt Bern 09.03.12)
- 07.03. Lösungen für deutsche NEAT-Zufahrt** – Laut dem Bundesland Baden-Württemberg sind für zwei Abschnitte des umstrittenen Ausbaus der deutschen NEAT-Zufahrt nördlich von Basel einvernehmliche Lösungen gefunden worden. Bis ins Jahr 2020 sollen die Umfahrung Freiburg für Güterzüge sowie das von Anstössern verlangte Trasse südlich davon fertig gestellt sein. Die Mehrkosten werden auf 250 Millionen Euro beziffert und von der Bundesrepublik sowie dem Bundesland je hälftig getragen.
(NZZ 08.03.12)
- 02.03. Helmpflicht für schnelle E-Bikes** – Um mit Blick auf die so genannten E-Bikes der technischen Entwicklung Rechnung zu tragen und die Sicherheit zu erhöhen, hat der Bundesrat die entsprechenden Verordnungen angepasst. Zur Kategorie der Leicht-Motorfahräder gehören künftig alle E-Bikes mit einer Leistung bis 500 Watt. Diese E-Bikes dürfen ohne Pedalbetätigung bis zu 20 Stundenkilometer (km/h) schnell sein, mit Tretunterstützung bis zu 25 km/h. Für Lenkerinnen und Lenker solcher E-Bikes wird das Tragen eines Velohelms aus Sicherheitsgründen empfohlen; es ist aber nicht obligatorisch. Leicht-Motorfahräder brauchen gleich wie Fahrräder keine Zulassung und kein Kontrollschild. Bei den schnelleren E-Bikes wird die Tretunterstützung auf 45 km/h begrenzt. Sie gelten als Motorfahräder und benötigen ein entsprechendes Kontrollschild. Für Lenkerinnen und Lenker von E-Bikes dieser Kategorie ist ab dem 1. Juli 2012 entweder das Tragen eines geprüften Velohelms (falls dank Tretunterstützung Tempo von über 25 km/h möglich ist) oder – wie bisher – eines geprüften Mofahelms (falls bauartbedingte Höchstgeschwindigkeit über 20 km/h) obligatorisch. Im Weiteren müssen in der Schweiz neu zugelassene Personenwagen künftig mit zusätzlichen Warn- und Fahrassistenzsystemen ausgerüstet werden (z.B. Antiblockier- und Notbrems-Assistenzsysteme, Fahrdynamik-Regelsysteme, Reifendrucküberwachungs- und Spurhaltewarnsysteme). Diese Neuerungen werden gestaffelt und mit der Europäischen Union (EU) abgestimmt bis ins Jahr 2014 eingeführt. In Fahrzeugen fest eingebaute spezielle Kindersitze müssen neu ein gleichwertiges Schutzniveau

bieten, wie die als Zubehör gekauften Kindersitze. Zurzeit sind für die fest eingebauten Kindersitze lediglich Beckengurten vorgeschrieben. Dies gilt für Fahrzeuge, die ab 1. August 2012 erstmals zugelassen oder entsprechend umgebaut werden. Ferner müssen Personen-, Last- und Lieferwagen sowie Busse analog zur EU obligatorisch mit Tagfahrlichtern ausgerüstet werden. Das Obligatorium gilt für Fahrzeuge, die ab 1. Oktober 2012 neu typengenehmigt werden. Nicht zuletzt wird der Direktimport von neuen Personenwagen aus dem EU-Raum vereinfacht. Die heute obligatorische Fahrzeugprüfung vor der Zulassung wird unter gewissen Bedingungen entfallen. Die Strassenverkehrsämter kontrollieren ab 1. Mai 2012 beim Vorliegen einer europäischen Übereinstimmungsbescheinigung („CoC“) nur noch die Konformität von Fahrzeug und CoC sowie erheben die für die Ausstellung der Fahrzeugdokumente und für die Besteuerung benötigten Daten.

(NZZ 03.03.12; ASTRA-Medienmitteilung 02.03.12; AS 2012 S. 1821-1920)

02.03. Wesentlich mehr Geld für die Bahninfrastruktur – Der Bundesrat beantragt den eidgenössischen Räten, für Betrieb und Substanzerhalt des Bahnnetzes in den Jahren 2013 bis 2016 fast 9,5 Milliarden Franken zur Verfügung zu stellen. Mehr als zwei Drittel davon oder gut 6,6 Milliarden Franken kommen der Infrastruktur der Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) zugute und nahezu ein Drittel oder gut 2,8 Milliarden Franken der Infrastruktur der Privatbahnen. Verglichen mit dem Jahr 2010 steigen damit die einsetzbaren Mittel um durchschnittlich gut 600 Millionen Franken. Diese Aufstockung des Zahlungsrahmens für die SBB-Infrastruktur und des Verpflichtungskredits für die Privatbahnen wird durch eine entsprechende Reduktion im Fonds für die Eisenbahngrossprojekte (FinöV) kompensiert. In den Jahren 2013-2016 beträgt die Kompensation insgesamt 650 Millionen Franken.

(NZZ 03.03.12; BaZ 03.03.12; BAV-Medienmitteilung 02.03.12; BBl 2012 S. 4015-4120)

02.03. Bundesrat erteilt Konzession für Tram über Zürcher Hardbrücke – Das Tram Hardbrücke, das den Zürcher Hard- mit dem Escher-Wyss-Platz verbinden soll, hat vom Bundesrat die nötige Eisenbahninfrastruktur-Konzession erhalten. Das Tram soll ab Dezember 2016 die neuen Gleise befahren. Die Projektkosten werden auf gut hundert Millionen Franken geschätzt, wovon ein guter Teil via den Infrastrukturfonds finanziert wird. Mit der neuen Strecke entsteht die erste Tangentialverbindung im Zürcher Tramnetz. Künftig soll die Linie 8 vom Hardplatz das SBB-Gleisfeld vor dem Hauptbahnhof überqueren, um danach die Fahrt auf den Gleisen des Trams Zürich-West an den Escher-Wyss-Platz und anschliessend weiter zum Werdhölzli fortzusetzen. Kritik dürfte vor allem deshalb laut werden, weil das Tram dabei in jeder Richtung einmal die vielbefahrene Hardbrücke passieren muss. Manche befürchten, dass damit der motorisierte Individualverkehr (MIV) behindert wird.

(NZZ 03.03.11; BAV-Medienmitteilung 02.03.11)

28.02. Ständerat will Preisüberwacher bei öV-Tarifen nur als Berater – Mit 29 zu zehn Stimmen hat der Ständerat beschlossen, dass der Preisüberwacher die Tarife des öffentlichen Verkehrs (öV) nicht mehr überprüfen, sondern stattdessen vielmehr bei der Definition der Unternehmensziele angehört werden soll. Das „Stöckli“ hat sich also dafür entschieden, den bestehenden Zielkonflikt zwischen Unternehmenssanierung und vermeintlich überhöhten Preisen in einem einzelnen Geschäftsfeld quasi durch die Entfernung der Kontrollinstanz zu lösen. Relevant ist dies insbesondere für das offenbar nicht subventionierte Monopol des Fernverkehrs der Schweizerischen Bundes-

bahnen (SBB). Dort besteht eine Diskrepanz zwischen dem Gesichtspunkt, wonach in Monopolen erzielte Gewinne nicht höher sein sollten, als wenn sie im freien Markt zustande kämen, und den vom Bundesrat formulierten Unternehmenszielen für die SBB. Diese sehen die Verwendung der scheinbar im Fernverkehr erzielten Gewinne nicht nur zur Refinanzierung dieses einen Geschäftsfelds vor, sondern auch zur finanziellen Sanierung des SBB-Gesamtunternehmens.

(NZZ 29.02.12)

28.02. Ständerat bereinigt das Verkehrssicherheitsprogramm „Via sicura“ – In der Differenzbereinigung des Programms „Via sicura“ hat der Ständerat neu eine Bestimmung aufgenommen, wonach der Bund künftig – in Zusammenarbeit mit den Kantonen – für die baulichen Anforderungen punkto Ausgestaltung von Fussgängerstreifen verantwortlich sein soll. Ein Antrag von Karin Keller-Sutter (fdp, SG), die Atemalkoholkontrolle nicht als beweistauglich anzuerkennen, scheiterte mit 26 zu 15 Stimmen. Somit bleibt die Differenz zum Nationalrat ebenso bestehen wie betreffend das Mindestalter für Radfahrende und deren Helmtragepflicht bis zum vollendeten 14. Lebensjahr.

(NZZ 29.02.12)

28.02. Eidgenössische Räte sind gegen Klima-Initiative – Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Eidgenössische Volksinitiative „Für ein gesundes Klima“ (so genannte Klima-Initiative) Volk und Ständen zur Ablehnung empfohlen, und zwar mit 24 zu 13 Stimmen.

(NZZ 29.02.12)

22.02. Fertigstellung Nationalstrassennetz: Bundesrat genehmigt achttes Bauprogramm – Der Bundesrat hat das achte langfristige Bauprogramm für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes gutgeheissen. In den nächsten vier Jahren (2012-2015) sollen im Durchschnitt rund 750 Millionen Franken jährlich bzw. insgesamt gut drei Milliarden Franken investiert werden. Die finanziellen Mittel stammen aus dem Infrastrukturfonds, in dem für die Netzfertigstellung 8,5 Milliarden Franken reserviert sind. Per Ende 2010 war das Nationalstrassennetz zu knapp 95 Prozent fertig gestellt und in Betrieb, das heisst rund 1'790 von gut 1'892 Kilometer.

(NZZ 23.02.12; BaZ 23.02.12; ASTRA-Medienmitteilung 22.02.12)

21.02. 82. Internationaler Automobilsalon in Genf – Der diesjährige 82. Internationale Automobilsalon in Genf zeigt vom 8. bis 18. März rund 180 Welt- und Europapremieren, davon 40 im Sektor „Zubehör, Ersatzteile, Zulieferer und Garageneinrichtungen“. 260 Aussteller aus 30 Ländern präsentieren ihre Modelle und Produkte auf 110'000 Quadratmeter Nettoausstellungsfläche in den Hallen der Palexpo Genf. Ausserdem wird das Auto des Jahres erstmals am Automobilsalon gekürt.

(Medienmitteilung Automobilsalon 21.02.12; „Blick“ 19.03.12)

20.02. PPP für einen zweiten Gotthard-Strassentunnel – Der Wirtschaftsdachverband economiesuisse schlägt zur Finanzierung eines zweiten Gotthard-Strassentunnels eine Public Private Partnership (PPP) vor. Nach dem Bau würde der heutige Tunnel für die Sanierung gesperrt und der gesamte Verkehr durch die neue Röhre abgewickelt. Nach Abschluss dieser Sanierung stünden beide Röhren zur Verfügung, so dass die aus Sicherheitsgründen wünschenswerte Richtungstrennung möglich wäre. In jeder Fahrtrichtung wäre allerdings nur eine Spur offen – denn: Würde die Nord-Süd-

Verbindung vierspurig geführt, wäre dies eine Kapazitätserweiterung. Nach 50 Jahren würde das Bauwerk an den Bund übergehen.

Der Touring Club Schweiz (TCS) will zwar eine zweite Röhre, erachtet den Vorschlag von economiesuisse allerdings nur dann als prüfungswert, wenn keine Finanzierung durch den Bund gemäss dem bewährten Finanzierungssystem möglich wäre.

(NZZ 21.02.12; AR 22.02.12; Medienmitteilung economiesuisse 20.02.12)

19.02. Töff-Messe war Publikumsmagnet – Die heute zu Ende gegangene neunte Motorrad-Messe Swiss-Moto stellte mit rund 66'000 Besucherinnen und Besuchern zwar einen Erfolg dar; der Rekordwert aus dem Jahr 2011 konnte aber nicht übertroffen werden. (Handelszeitung 23.02.12; Medienmitteilung Swiss-Moto 19.02.12)

16.02. Die Swiss-Moto hat ihre Pforten geöffnet – Die neunte Ausgabe der Motorrad-Messe Swiss-Moto findet vom 16. bis 19. Februar 2012 in den Hallen der Messe Zürich statt. Wer sich für Motorräder und Roller interessiert, wird an der Swiss-Moto auf über 30'000 Quadratmeter von 204 Ausstellern mit den wichtigsten Neuerungen der Branche bedient, auch punkto Zubehör, Bekleidung und Tuning. (NZZ 17.02.12; Medienmitteilung Swiss-Moto 15.02.12 und 11.01.12)

14.02. IG Motorrad lanciert Volksinitiative – Die Interessengemeinschaft (IG) Motorrad hat die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine Verflüssigung des Strassenverkehrs und weniger Stau (Motorrad- und Roller-Initiative)“ lanciert. Motorisierte Zweiradfahrer sollen künftig die Busspuren mitbenützen und langsam an stehenden Fahrzeugkolonnen vorbeifahren dürfen. Zudem soll eine Verflüssigung des innerstädtischen Verkehrs erreicht werden, indem das Prinzip der grünen Welle angewendet wird. Nicht zuletzt verlangt das Volksbegehren, dass die freie Wahl des Verkehrsmittels gewährleistet ist. Die Sammelfrist läuft bis 7. August 2013. (NZZ 15.02.12 und 08.02.12; AR 15.02.12; 20Minuten 15.02.12; BBl 2012 703-705)

14.02. Positive Bilanz nach den AGK-Versuchen auf Autobahnen – Gemäss dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) haben die Versuche mit Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen (AGK) auf den Nationalstrassen A2 und A9 gezeigt, dass diese die Verkehrssicherheit auf Autobahnen erhöhen. Sowohl auf dem Testabschnitt im Arisdorftunnel (A2, BL) als auch auf jenem zwischen Aigle und Bex (A9, VD) sei der Verkehr verflüssigt worden und habe die Anzahl der erfassten Tempoüberschreitungen markant abgenommen. Ausserdem seien keine negativen Auswirkungen registriert worden. An den Ein- und Ausgangsportalen der Anlagen werde nicht abgebremst, wie dies bei herkömmlichen Geschwindigkeitskontrollen oft der Fall ist. Deshalb werde auch der Verkehrsfluss nicht gestört. Zudem hätten keine Kompensationseffekte festgestellt werden können: Fahrzeuge, die z.B. die erste Hälfte des Abschnitts zu schnell und anschliessend massiv langsamer fahren, seien nicht beobachtet worden. Allerdings erlauben die mit den zwei Pilotanlagen gewonnenen Erkenntnisse bislang noch keine allgemein gültige Quantifizierung der generellen Zusammenhänge zwischen der Veränderung bzw. dem Rückgang der Geschwindigkeiten und dem Unfallgeschehen. Ebenfalls noch keine Aussagen können über die Wirkung einer AGK auf die Leistungsfähigkeit des betreffenden Streckenabschnitts gemacht werden, da sich das Verkehrsaufkommen auf beiden Pilotabschnitten unter normalen Betriebsbedingungen unterhalb der Leistungsgrenze bewegt und Störungen im Verkehrsfluss praktisch ausgeschlossen

sind.

(NZZ 15.02.12; ASTRA-Medienmitteilung 14.02.12; AGK-Schlussbericht 15.11.11)

09.02. Weniger Führerausweisentzüge im Jahr 2011 – Gemäss den neuesten Zahlen aus dem Administrativmassnahmenregister (ADMAS) des Bundesamts für Strassen (ASTRA) mussten im Jahr 2011 knapp 77'000 Fahrzeuglenkerinnen und -lenker ihren Führerausweis abgeben. Dies sind 2,6 Prozent weniger als 2010. Hauptgründe für den Führerausweisentzug waren das Überschreiten der Geschwindigkeit sowie Alkohol am Steuer. Wegen zu schnellem Fahren gaben gut 32'200 Personen – neun Prozent weniger als 2010 – den Führerausweis ab. Auch Massnahmen gegen alkoholisierte Lenkerinnen und Lenker nahmen ab: Die Entzüge (0,8 Promille und mehr) gingen um 6,2 Prozent, die Verwarnungen (0,5 bis 0,79 Promille) um 5,5 Prozent zurück. Die meisten Ausweisentzüge waren auf einen Monat bis drei Monate befristet (knapp 63 Prozent). Fast 20 Prozent der Ausweise wurden auf unbestimmte Zeit entzogen. Dies entspricht einer Zunahme um rund sieben Prozent. Das im Jahr 2005 eingeführte, verschärfte Recht (Kaskadensystem: stufenweise Verlängerung der Entzugsdauer für Wiederholungstäter) führte erstmals zu einer nur noch geringen Zunahme der Anzahl Führerausweisentzüge. Der 2005 eingeführte Führerausweis auf Probe schlug sich in der Statistik ebenfalls nieder. So musste 2011 gut 1'600 Personen (plus rund 17 Prozent) der Ausweis annulliert werden, weil sie Widerhandlungen während der Probezeit begingen. (ASTRA-Medienmitteilung 09.02.12)

07.02. Mehr neuzugelassene Motorfahrzeuge denn je – Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) sind im Jahr 2011 rund 420'900 motorisierte Strassenfahrzeuge neu zugelassen worden. Das sind 12 Prozent mehr als 2010 und stellen einen neuen Rekordwert dar. Insgesamt waren 2011 rund 5,5 Millionen Motorfahrzeuge immatrikuliert, was einem Zuwachs von gut zwei Prozent gegenüber 2010 entspricht. Alle Fahrzeuggruppen verzeichneten eine Steigerung: Personenwagen plus elf Prozent, Motorräder plus 12 Prozent und Sachtransportfahrzeuge plus 19 Prozent. Die Tatsache, dass der Anstieg des Motorfahrzeugbestands unter dem Strich doppelt so hoch ausfällt wie jener der Bevölkerung, lässt auf das Wachstum der Wirtschaft sowie auf eine Zunahme des Wohlstands schliessen. (NZZ 08.02.12; BFS-Medienmitteilung 07.02.12)

05.02. Basel-Stadt: Klares Votum gegen mehr Parkplätze – Im Kanton Basel-Stadt ist die vom Gewerbeverband lancierte Initiative „Ja zu Parkraum auf privatem Grund“ beim Souverän deutlich durchgefallen: Knapp 64 Prozent der Stimmberechtigten lehnten sie ab. Die Initiative beabsichtigte, die Beschränkung für den Bau privater Parkplätze – mit Ausnahme der Altstadt – aufzuheben. Auch der Gegenvorschlag der Regierung wurde mit rund 55 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Dieser Gegenvorschlag wollte punktuell einige Parkplätze mehr erlauben. (BaZ 06.02.12)

03.02. Branchenstudie zu Landverkehr und Logistik im Jahr 2011 – Gemäss einer Branchenstudie zu Landverkehr und Logistik sind im Jahr 2011 rund 170 Firmen in besagter Branche wegen Zahlungsunfähigkeit in Konkurs gegangen. Das sind fast acht Prozent mehr als 2010. Damit war das Insolvenzrisiko in dieser Branche 2011 eineinhalb Mal höher als der gesamtschweizerische Durchschnitt. Die Neugründungen in Landverkehr und Logistik stiegen allerdings noch stärker als die Konkurse, nämlich um elf Prozent

auf knapp 1'020 Betriebe. Damit entsprach die Gründungsintensität genau dem Schweizer Durchschnitt. Zur Hauptsache wird die hohe Anzahl der Neugründungen darauf zurückgeführt, dass angesichts des Abbaus bei den grösseren Fahrzeugflotten mancher Angestellte „die Flucht in die Selbständigkeit“ unternommen hat.
(Medienmitteilung Credita AG 03.02.12)

- 30.01. **Finanzielle Stütze für kombinierten Verkehr** – Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat – gestützt auf das Paket zur Abfederung der Frankenstärke – weitere 21 Millionen Franken ausbezahlt. Das Geld geht an die vier Bahnunternehmen, die im Jahr 2011 im alpenquerenden kombinierten Verkehr (KV) tätig und dort wegen des schwachen Euro in finanzielle Schwierigkeiten geraten waren. In der ersten Dezemberhälfte 2011 hatte das BAV bereits gut elf Millionen Franken aus dem besagten Paket ausbezahlt. Dieses Geld ging damals an Bahn- und Busunternehmen sowie an Seilbahnen und Schifffahrtsgesellschaften.
(NZZ 31.01.12; BAV-Medienmitteilung 30.01.12)
- 27.01. **Bundesrat heisst neue Strategie Nachhaltige Entwicklung gut** – Der Bundesrat hat die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015 verabschiedet. Im Zentrum dieser Strategie steht ein Aktionsplan, der nebst einer Zusammenstellung wichtiger laufender Massnahmen – z.B. CO₂-Emissionsvorschriften für Personenwagen oder Stärkung des öffentlichen Verkehrs – 16 von der Landesregierung neu beschlossene Massnahmen (so etwa die Energiestrategie 2050, Mobility Pricing oder die Ökologisierung des Steuersystems) umfasst.
(UVEK-Medienmitteilung 27.01.12)
- 25.01. **Bundesrat lehnt Cleantech-Initiative ab** – Obwohl die Cleantech-Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) in den Augen des Bundesrats gut in seine eigene neue Energiestrategie passt, empfiehlt er sie trotzdem zur Ablehnung. Besagte Energiestrategie 2050, die der Bundesrat im Sommer in die Vernehmlassung schicken will, erfülle die Zielsetzungen der SP-Initiative weitgehend. Aus zeitlichen Gründen sei es zudem nicht möglich einen Gegenvorschlag vorzulegen, der mit dieser Strategie abgestimmt ist. Gemäss Initiativtext soll der Gesamtenergiebedarf (inklusive Verkehr) ab 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt werden.
(NZZ 26.01.12; BaZ 26.01.12; BBl 2012 S. 6751-6782)
- 20.01. **Im Jahr 2010 wieder mehr Güter transportiert** – Gemäss dem Bundesamt für Statistik (BFS) hat sich der Güterverkehr im Jahr 2010 wieder etwas erholt. Auf Schweizer Strassen sind insgesamt gut 17,1 Milliarden Tonnenkilometer (Tkm) und auf der Schiene rund 9,8 Milliarden Tkm erbracht worden. Die Transportleistungen des Güterverkehrs auf Strasse und Schiene haben gegenüber 2009 somit um zwei Prozent zugenommen. In der Schweiz sind die Transportleistungen zwischen 1993 und 2010 auf der Strasse um 50 und auf der Schiene um 34 Prozent angestiegen.
(NZZ 20.01.12; BFS-Medienmitteilung und BFS Aktuell 19.01.12)
- 18.01. **Bundesrat verabschiedet FABI** – Der Bundesrat hat die Vorlage zu Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI) im Sinne eines direkten Gegenvorschlags zur VCS-Initiative „Für den öffentlichen Verkehr“ zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. Gleichzeitig empfiehlt die Landesregierung das VCS-Volksbegehren zur Ablehnung.

Die Strassenverkehrsverbände lehnen sowohl die VCS-Initiative als zum heutigen Zeitpunkt auch die FABI-Vorlage ab. Die VCS-Initiative zerstöre die Strassenfinanzierung und werde klar verworfen. Sie müsse Volk und Ständen ohne jeglichen Gegenvorschlag so rasch als möglich zur Abstimmung unterbreitet werden. Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur sollen ohne Sachzwänge bearbeitet werden sowie in zeitlicher Abstimmung mit einer Vorlage über Finanzierung und Ausbau der nationalen Strasseninfrastruktur erfolgen.

(NZZ 19.01.12; BAV-Medienmitteilung 18.01.12; Medienmitteilungen ACS, ASTAG, auto-schweiz, TCS und **strasseschweiz** 18.01.12; BBl 2012 S. 1577-1776)

- 18.01. **Teurere Vignette für bestehende Strassen** – Mittels einer Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (Netzbeschluss) hat sich der Bundesrat dafür ausgesprochen, auf Anfang 2014 zusätzliche, bereits bestehende Strecken im Umfang von rund 390 Kilometer ins Nationalstrassennetz aufzunehmen. Da gleichzeitig die bisher im Netzbeschluss aufgeführte Verbindung zwischen Schaffhausen und Barga gestrichen werden soll, wird das Nationalstrassennetz um insgesamt rund 375 Kilometer erweitert. Aus dem Betrieb, Unterhalt und Ausbau der besagten Strecken entstehen für den Bund Mehrkosten von 275 Millionen Franken. Diese sollen durch eine Preiserhöhung der Autobahnvignette von heute 40 auf neu hundert Franken finanziert werden. Zugleich soll eine Zweimonatsvignette für 40 Franken geschaffen werden. Im Weiteren beantragt der Bundesrat den eidgenössischen Räten die Aufnahme von zwei Netzergänzungen. Dabei handelt es sich um die Glattalautobahn (ZH) sowie um die Umfahrung Morges (VD). Nicht zuletzt schlägt der Bundesrat zur Sicherstellung des Verkehrsflusses auf den Nationalstrassen folgende Massnahmen vor: Pannestreifenumnutzung auf rund 125 Kilometer; punktuelle Lastwagenüberholverbote auf rund 520 Kilometer; temporäre schrittweise Reduktion der zulässigen Höchstgeschwindigkeit (von 120 auf 100 oder 80 Stundenkilometer) auf rund 400 Kilometer; umfassende Information der Verkehrsteilnehmenden über Staus und Umfahrungsempfehlungen; Bewirtschaftung von Autobahnanschlüssen; zusätzliche Fahrspuren zur Engpassbeseitigung. Der Finanzbedarf für Letzteres wird den Umfang der vom nationalen Parlament bewilligten Mittel (5,5 Mrd. Franken) bei weitem übersteigen. Obwohl die Strassenverkehrsverbände die Anpassung des Netzbeschlusses grundsätzlich guthessen, lehnen sie die Verteuerung der Autobahnvignette ab, da sich der Mehrwert für die Strassenbenützenden in einem sehr engen Rahmen bewegt.
- (NZZ 19.01.12; AR 25.01.12; ASTRA-Medienmitteilung 18.01.12; Medienmitteilungen ACS, auto-schweiz, TCS und **strasseschweiz** 18.01.12; BBl 2012 S. 745-826)

- 17.01. **Bund unterschreibt Zusatzvertrag mit Stiftung Klimarappen** – Die Schweiz verfehlt ihre Kyoto-Verpflichtung im Durchschnitt über die Jahre 2008 bis 2012 voraussichtlich um knapp eine Millionen Tonnen CO₂ (Kohlendioxid) pro Jahr, sofern sich nicht zusätzliche Massnahmen ergreift. Hauptverantwortlich für diese Ziellücke ist gemäss Berechnungen des Bundesamts für Umwelt (BAFU) der CO₂-Ausstoss des Verkehrs. Damit die Schweiz die Ziele des CO₂-Gesetzes und des Kyoto-Protokolls trotzdem erreichen kann, hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), Bundesrätin Doris Leuthard, mit der Stiftung Klimarappen einen entsprechenden Zusatzvertrag unterzeichnet. Die Stiftung ist bereit, zusätzlich zu der bestehenden Verpflichtung für die Jahre 2008 bis 2012 zur Reduktion von je einer weiteren Million Tonne CO₂ beizutragen. Diese Bereitschaft der Stiftung Klimarappen ist ein Zeugnis für die gelebte, erfolgreiche Partnerschaft

zwischen Bund und der Wirtschaft in der Klima- und Energiepolitik. Mit dem Abschluss der besagten Zusatzvereinbarung kann die Schweiz aller Voraussicht nach ihre Kyoto-Verpflichtung einhalten.

(NZZ 18.01.12; UVEK-Medienmitteilung 17.01.12)

17.01. Höhe der Stauzeitkosten überprüfen – Das Bundesverwaltungsgericht muss in Sachen leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) über die Bücher gehen und überprüfen, in welcher Höhe die Kosten für Stauzeiten veranschlagt werden dürfen. Das geht aus Urteilen des Bundesgerichts hervor, das Beschwerden gutgeheissen hat, die von zwei Transportunternehmen gegen die LSVA-Veranlagung für das Jahr 2009 eingereicht worden sind. Laut dem einstimmigen Urteil der II. Öffentlichrechtlichen Abteilung ist nämlich zweifelhaft, ob der Betrag von 204 Millionen Franken den vom Schwerverkehr den übrigen Verkehrsteilnehmenden verursachten Stauzeitkosten entspricht. Vielmehr gebe es Hinweise darauf, dass es sich dabei um die vom Schwerverkehr selber getragenen Stauzeitkosten handelt.

In einer Medienverlautbarung zeigte sich der Schweizerische Nutzfahrzeugverband (ASTAG) über den Entscheid des Bundesgerichts erfreut. Offensichtlich seien die vom Bund vorgelegten Stauberechnungen für den Schwerverkehr fehlerhaft. Die Frage des Einbezugs von Stauzeitkosten müsse jetzt neu aufgerollt werden.

(NZZ 18.01.12; ASTAG-Medienmitteilung 17.01.12)

04.01. Autoverkäufe 2011: Neuer Schwung – Die Schweizer Automobil-Importeure und ihre Markenhändler können bezüglich des Absatzes neuer Personenwagen auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2011 zurückblicken: Nahezu 319'000 Neufahrzeugverkäufe entsprachen einer Zunahme von über acht Prozent gegenüber 2010 (rund 294'000). Damit wurden erstmals seit dem Jahr 2001 wieder mehr als 300'000 neue Personenwagen zugelassen. Lediglich in den Jahren 1989 und 1990 fiel das Total der Neuzulassungen noch höher aus. (BaZ 12.01.12; AR 11.01.12; Medienmitteilung auto-schweiz 05.01.12)

strasseschweiz/pk; 12.03.2014

Stichwortverzeichnis 2012**12.03.2014**

Verkehr	(Datum)
Agglomerationsverkehr; Über 40 Agglomerationsprogramme zweiter Generation beim Bund eingereicht; Verfügbare Mittel von knapp 2 Mrd. Franken weit übertroffen	14.08.
Allgemeines; Raumkonzept Schweiz publiziert; Mobilität steuern als eines der Ziele	20.12.
Allgemeines; Ab 1. Januar 2013 steht die Pannendienst-Nummer 140 nebst dem bisher alleinigen Inhaber TCS neu drei weiteren Unternehmen zur Verfügung	29.11.
Allgemeines; Gut 900 Franken oder ein Zehntel des Haushaltbudgets im Jahr 2010 für die Mobilität; Rund 750 Franken für Personenfahrzeuge	13.11.
Allgemeines; BFS und ARE veröffentlichen den Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2010; Zunahme der Tagesdistanzen aufgrund vermehrter Bahnkilometer	08.05.
Allgemeines; Freizeitverkehr; Neue Studie des Bundes; Potenzial von Fahrten, die vom Auto auf den öV verlagert werden könnten, beträgt 25 Mio. km pro Tag	26.04.
Automobilsalon; 702'000 Besucherinnen und Besucher; Fünf Prozent weniger als 2011	18.03.
Automobilsalon; 82. Austragung findet vom 8. bis 18. März statt; 180 Welt- und Europapremieren; 260 Aussteller aus 30 Ländern; 110'000 m ² Ausstellungsfläche	21.02.
Automobilwirtschaft; WEKO will sog. KFZ-Bekanntmachung vorläufig beibehalten; AGVS zeigt sich über WEKO-Entscheid erfreut und erleichtert zugleich	27.07.
Automobilwirtschaft; Im Jahr 2012 fast 319'000 neue Personenwagen abgesetzt; Zunahme von über acht Prozent gegenüber 2010	04.01.
Auto-Partei; Delegierte geben grünes Licht für Lancierung dreier Eidgenössischer Volksinitiativen	19.05.
Bahnreform 2; Bundesgesetz über zweiten Schritt der Bahnreform 2 verabschiedet; Im Nationalrat mit 195 zu null und im Ständerat mit 43 zu null Stimmen	16.03.
Bahnreform 2; Rolle des Preisüberwachers bei Tariferhöhungen wird nicht geschwächt; Ständerat rückt von seinem Ansinnen ab und folgt dem Nationalrat	15.03.
Bahnreform 2; Preisüberwacher soll öV-Tarife künftig nicht mehr überprüfen; Entscheid des Ständerats mit 29 zu zehn Stimmen	28.02.
Gotthard-Strassentunnel; Gesamtsanierung; Bundesrat eröffnet Vernehmlassung	19.12.
Gotthard-Strassentunnel; Gesamtsanierung der bestehenden Röhre; Bundesrat schlägt Bau eines zweiten Tunnels vor; Kosten total rund 2,8 Mrd. Franken	27.06.
Gotthard-Strassentunnel; Befristete Ausnahmeregelung für Strassentransporte; Felssturz auf SBB-Strecke bei Gurtnellen (UR) als Auslöser	20.06.
Gotthard-Strassentunnel; Komitee für den Ausbau des Gotthardtunnels reicht Petition für zweite Röhre bei Bundeskanzlei ein; Über 20'000 Unterschriften	14.03.
Gotthard-Strassentunnel; economiesuisse schlägt PPP-Modell für zweite Röhre vor	20.02.
Güterverkehr; SBB Cargo reduziert Bedienpunkte im Wagenladungsverkehrsnetz von 502 auf 374; Keine dauerhafte Sanierung des defizitären Schienengüterverkehrs	06.06.

Güterverkehr; 2011 gut 40 Mio. Tonnen durch Schweizer Alpen transportiert; Neuer Rekordwert; Schiene steigert ihren Anteil; Fast 1,26 Mio. Lastwagenfahrten	16.03.
Güterverkehr; BFS-Transportstatistik; 2010 wieder mehr Güter auf Strasse und Schiene	19.01.
HGV-Anschluss; Bundesrat gibt elfte Tranche frei; Ausbau der Station Roggwil-Berg; Ausbau mehrerer Bahnhöfe zwischen Delsberg und Delle (JU)	08.06.
Kantonsstrassen; Stadt Luzern; Volksinitiative „Kein Südzubringer in die Stadt“ relativ knapp abgelehnt	25.11.
Kantonsstrassen; Thurgauer Stimmberechtigte heissen den Bau von zwei neuen Überlandstrassen gut; Erhöhung der Strassenverkehrsabgaben abgelehnt	24.09.
Kantonsstrassen; Zürcher Stimmberechtigte befürworteten Autobahnzubringer im Knonauer Amt mit Ja-Stimmenanteil von fast 63 Prozent	23.09.
Kantonsstrassen; Neuer Umfahrungstunnel von Lugano offiziell in Betrieb genommen; Kosten von total 355 Mio. Franken bei einer Gesamtlänge von 2,8 Kilometer	26.07.
Kombinierter Verkehr; Paket zur Abfederung der Frankenstärke; Finanzspritze in der Höhe von 21 Mio. Franken an Bahnunternehmen im alpenquerenden KV	30.01.
Motorfahrzeugbestand; 2011 rund 420'900 motorisierte Fahrzeuge in Verkehr gesetzt; Neuer Rekord; Insgesamt 5,5 Mio. Motorfahrzeuge immatrikuliert	07.02.
Motorfahrzeugimport; WEKO belegt BMW AG wegen Behinderung des Direkt- und Parallelimports mit einer Busse von rund 160 Mio. Franken	24.05.
Motorradverkehr; Motorrad- und Roller-Initiative; Unterschriftensammlung abgebrochen; Knapp 30'000 Unterschriften beisammen; Als Petition einreichen	31.12.
Motorradverkehr; IG Motorrad lanciert Eidg. Volksinitiative „Für eine Verflüssigung des Strassenverkehrs und weniger Stau (Motorrad- und Roller-Initiative)“	14.02.
Nationalstrassen; Neuer Netzbeschluss; Aufnahme von rund 390 Kilometer Strasse; Nationalrat räumt sämtliche Differenzen zum Ständerat aus	10.12.
Nationalstrassen; Ständerat nimmt Tunnel kurz vor Locarno ins Autobahnnetz auf; Autoverladestrecken am Lötschberg und an der Vereina hingegen nicht	20.09.
Nationalstrassen; ASTRA-Jahresbericht 2011 zur Verkehrsentwicklung und Verfügbarkeit; 41 Prozent des gesamten Motorfahrzeugverkehrs; Zunahme Staustunden	20.08.
Nationalstrassen; Bundesrat verabschiedet Anpassung des Netzbeschlusses; Massnahmen zur Sicherstellung des Verkehrsflusses vorgeschlagen	18.01.
Nationalstrassenbau; 4,6 Kilometer lange Umfahrung von Lungern (OW) eröffnet	10.12.
Nationalstrassenbau; Mit einem Ja-Stimmenanteil von knapp 51 Prozent wurde der Bau einer Autobahnausfahrt für Bellinzona Mitte gutgeheissen	24.09.
Nationalstrassenbau; Fertigstellung Nationalstrassennetz; Bundesrat genehmigt achtens langfristiges Bauprogramm (2012-2015); Insgesamt gut 3 Mrd. Franken	22.02.
NEAT; Neue Studie „Verkehrliche und räumliche Auswirkungen des Lötschberg-Basistunnels“ publiziert; Nutzen liegt deutlich unter Folgekosten	21.09.
NEAT; Lösungen für deutsche Zufahrt nördlich von Basel gefunden	07.03.

Parkplatzbewirtschaftung; Kanton Basel-Stadt; Initiative „Ja zu Parkraum auf privatem Grund“ klar sowie Gegenvorschlag knapp gescheitert	05.02.
Raser-Initiative; Initianten ziehen das Volksbegehren zurück; Forderungen sind mit „Via sicura“ und Revision des Strafgesetzbuches erfüllt	04.11.
Raser-Initiative; Bundesrat verabschiedet Botschaft und beantragt, Volksbegehren zur Ablehnung zu empfehlen; Indirekter Gegenvorschlag	09.05.
SBB AG; Jahreszahlen 2011; Mehr Passagiere, positives Jahresergebnis und steigende Verschuldung; Nettoschulden in der Höhe von über 18,6 Mrd. Franken	29.03.
Service public; Nationalrat lehnt entgegen dem Antrag des Bundesrats die Abschreibung einer entsprechenden Motion mit 96 zu 47 Stimmen ab	01.06.
strasseschweiz ; 67. ordentliche Mitgliederversammlung; Resolution verabschiedet; Strasseninfrastrukturfonds analog zum Bahninfrastrukturfonds gefordert	20.06.
SVG; bfu-Bericht; Zweiphasenausbildung für Neulenkende verbessert Verkehrssicherheit; Obligatorische Weiterbildungskurse früher absolvieren	23.11.
SVG; „Via sicura“; Erstes Massnahmenpakete tritt per 1. Januar 2013 in Kraft; Insbesondere Massnahmen gegen Raser	14.11.
SVG; „Via sicura“; Nationalrat genehmigt Revision mit 132 zu 59 und Ständerat mit 36 zu einer Stimme(n); Indirekter Gegenvorschlag zur Raser-Initiative	15.06.
SVG; Bundesrat beschliesst Verordnungsänderungen; Neuregelungen für E-Bikes, Ausrüstungsvorschriften für neue zugelassene PW, vereinfachter Direktimport	02.03.
SVG; ASTRA zieht positive Bilanz aus Versuchen mit Abschnittsgeschwindigkeitskontrollen (AGK) auf Autobahnen	14.02.
SVG; ADMAS-Register; Zahl der Ausweistenzüge 2011 zum Teil markant gesunken	09.02.
Swiss-Moto; Grosser Besucheraufmarsch; Rund 66'000 Eintritte	19.02.
Swiss-Moto; Die neunte Ausgabe der Motorrad-Messe findet vom 16. bis 19. Februar in den Hallen der Messe Zürich statt	16.02.
Tankstellenshops; Ständerat beschliesst, dass rund um die Uhr das ganze Sortiment verkauft werden darf	17.09.
Transportgewerbe; Branchenstudie Landverkehr und Logistik für das Jahr 2011; Anstieg der Insolvenzen sowie der Neugründungen	03.02.
VCS-Initiative; Ständerat heisst FABI gut; Erster Ausbauschnitt bis 2025 von 3,5 auf 6,4 Mrd. Franken erhöht; Volkbegehren ohne Gegenstimme abgelehnt	03.12.
VCS-Initiative; Ständerat tritt auf FABI ein; Unterstützung für neuen unbefristeten Bahninfrastruktur (BIF); Zusätzliche Mehrwertsteuerpromille beschlossen	29.11.
VCS-Initiative; Bundesrat verabschiedet direkten Gegenvorschlag; Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI); Strassenverkehrsverbände dagegen	18.01.
Verbände; Sozialpartnerschaft zwischen ASTAG und Les Routiers Suisses kann fortgesetzt werden; Klage von UNIA vollumfänglich abgewiesen	05.10.

Verkehrssicherheit; „Via sicura“ in Schlussabstimmung von eidgenössischen Räten deutlich gutgeheissen	15.06.
Verkehrssicherheit; „Via sicura“ auf der Zielgeraden; Ständerat räumt bis auf eine alle Differenzen aus; Kein Velohelmbobligatorium für unter 14-Jährige	11.06.
Verkehrssicherheit; „Via sicura“; Nationalrat schwenkt grösstenteils auf Linie des Stände- bzw. Bundesrats ein; Beweissichere Atemalkoholtests gutgeheissen	31.05.
Verkehrssicherheit; 2011 sind laut ASTRA 320 Personen auf Schweizer Strassen gestorben und 4'437 schwer verletzt worden; Leichter Rückgang gegenüber 2010	19.07.

Energie	(Datum)
Elektromobile; Lancierung einer schweizweiten Schnellladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge; Grundsteinlegung von „EVite; Trägerschaft durch Swiss eMobility	21.11.
Energietikette; UVEK verschärft Effizienzkriterien ab 1. Januar 2013; Entsprechende Verordnung gilt bereits per 1. August 2012 mit Übergangsfrist bis Ende 2012	05.07.
Sparmassnahmen; Informationsoffensive zu neuer EU-Reifenetikette; Treibstoffeinsparung nebst Sicherheitsaspekt und Lärminderung im Vordergrund	04.10.
Sparmassnahmen; Bundesrat lehnt Cleantech-Initiative der SPS ab; Energiestrategie 2050 erfüllt laut Bundesrat die Zielsetzungen der Initiative weitgehend	25.01.
Treibstoffe; Änderung des Arbeitsgesetzes; Tankstellenshops dürfen ganzes Sortiment rund um die Uhr verkaufen; Von Nationalrat und Ständerat verabschiedet	14.12.
Treibstoffe; Tankstellenshops dürfen künftig während der Nacht ganzes Sortiment verkaufen; Nationalrat folgt dem Ständerat; Referendum angekündigt	05.12.
Treibstoffe; Bundesrat lehnt verstärkte Förderung von Agrotreibstoffen ab	14.09.
Treibstoffe; Grösste Schweizer Raffinerie in Cressier (NE) gerettet; Wiederaufnahme des Betriebs vor Mitte 2012	08.05.
Treibstoffe; Der Nationalrat beschliesst mit 105 zu 73 Stimmen und drei Enthaltungen eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten von Tankstellenshops	03.05.
Verbrauch; Nationaler Energieverbrauch 2011 deutlich gesunken; 6,5 Prozent weniger als 2010; Warme Witterung verantwortlich; Dieselsatz steigt erneut an	28.06.
Verbrauch; Neu in Verkehr gesetzte PW verbrauchen 2011 im Durchschnitt 6,39 l/100 km; CO ₂ -Emissionen liegen bei 155 g/km	27.04.

Umwelt	(Datum)
Abgasvorschriften; Ab 2013 keine obligatorische Abgaswartung mehr für Fahrzeuge mit OBD-Systemen; Bereits drei Fünftel der Fahrzeuge damit ausgerüstet	30.11.
Emissionen; Bundesrat heisst neue CO ₂ -Verordnung gut	30.11.
Emissionen; Deutliche Abnahme des CO ₂ -Ausstosses bzw. der Treibhausgasemissionen im Jahr 2011; Minus fast vier bzw. minus rund 7,5 Prozent	19.07.
Emissionen; Sinkender Dieselmotoren-Ausstoss trotz höheren Dieserverbrauchs; Neuer BAFU-Bericht „Weniger Russ aus Dieselmotoren“	26.06.
Emissionen; Neue CO ₂ -Importabgabe auf Neuwagen ab 1. Juli 2012; Deutliche Verteuerung neu in die Schweiz importierter Autos	25.06.
Emissionen; Treibhausgasausstoss der Schweiz im Jahr 2010; Total gut 54 Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalente; Anstieg um rund 3,5 Prozent gegenüber 2009	17.04.
Klima-Initiative; Bedingter Rückzug wirksam geworden; Referendumsfrist gegen total revidiertes CO ₂ -Gesetz unbenutzt abgelaufen	18.05.
Klima-Initiative; Urheber wollen ihr Begehren zugunsten des indirekten Gegenvorschlags zurückziehen; Total revidiertes CO ₂ -Gesetz als Kompromiss	27.03.
Klima-Initiative; Volk und Ständen zur Ablehnung empfohlen; Im Nationalrat mit 122 zu 73 und im Ständerat mit 24 zu 13 Stimmen	16.03.
Klima-Initiative; Ständerat empfiehlt das Begehren Volk und Ständen mit 24 zu 13 Stimmen zur Ablehnung	28.02.
Klimarappen; Stiftung stellt seit 2005 erhobene Abgabe von 1,5 Rappen pro Liter Treibstoff Ende August 2012 vorzeitig ein; Verpflichtungen bis 2014 erfüllt	27.06.
Klimarappen; UVEK-Vorsteherin unterzeichnet Zusatzvertrag; Einsparungen weiterer 5 Mio. Tonnen CO ₂ ; Schweiz kann Kyoto-Verpflichtung vermutlich einhalten	17.01.
Klimaveränderung; Klimakonferenz in Doha (Katar) zu Ende; Kyoto-Protokoll wird bis 2020 verlängert; 12 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen betroffen	09.12.
Nachhaltigkeit; Bundesrat verabschiedet Strategie Nachhaltige Entwicklung 2012-2015	27.01.

Finanzen	(Datum)
Autobahnvignette; Nationalrat hält an Preiserhöhung auf 70 Franken fest	10.12.
Autobahnvignette; Ständerat hält an Preiserhöhung auf 100 Franken fest	20.09.
Autobahnvignette; Nationalrat erhöht Abgabe von 40 auf 70 Franken; Neue Zweimonatsvignette von 40 Franken für Bedürfnisse der Touristen	31.05.
Autobahnvignette; Bundesrat schlägt zusammen mit der Anpassung des Netz- beschlusses Preiserhöhung auf 100 Franken vor; Neue Zweimonatsvignette	18.01.
Bundesfinanzen; Bundesrat verabschiedet KAP 2014; Sparmassnahmen von 700 Mio. Franken jährlich von 2014-2016; Davon 95 Mio. Franken bei Nationalstrassen	19.12.
FinöV; Bundesrat beschliesst Massnahmenpaket gegen Eisenbahnlärm; Lärmgrenz- werte für Güterwagen als wichtigstes Instrument; Kosten: 185 Mio. Franken	30.11.
FinöV; Bundesrat schickt neues Massnahmenpaket zur Eindämmung von Eisenbahnlärm in Vernehmlassung; Kosten von rund 160 Mio. Franken	09.05.
Infrastrukturfonds; Bundesrat erteilt Konzession für Tram über Zürcher Hardbrücke; Kosten von gut 100 Mio. Franken; Behinderung des MIV befürchtet	02.03.
Infrastrukturkosten; Nationalrat genehmigt ohne Gegenstimme rund 9,5 Mrd. Franken für das Schweizer Bahnnetz in den Jahren 2013-2016	24.09.
Infrastrukturkosten; Ständerat bewilligt ohne Gegenstimme rund 9,5 Mrd. Franken für das Schweizer Bahnnetz in den Jahren 2013-2016	11.06.
Infrastrukturkosten; Bundesrat will 2013-2016 fast 9,5 Mrd. Franken ins Bahnnetz investieren; 600 Mio. Franken mehr als 2010; Kompensation via FinöV-Fonds	02.03.
Lenkungsabgaben; Eidg. Volksinitiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ mit rund 109'000 Unterschriften eingereicht; Grünliberale Partei der Schweiz als Urheber	17.12.
Lenkungsabgaben; Eidg. Volksinitiative „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)“ formell zustande gekommen	09.10.
Lenkungsabgaben; Neue Eidg. Volksinitiative „für eine vernünftige Finanzierung der Gesundheitskosten“ lanciert; Abgaben auf nicht erneuerbare Energien geplant	28.08.
Lenkungsabgaben; Der Atomausstieg kostet 30 Mrd. Franken bis 2050; Bundesrat plant für die Zeit nach 2020 ein neues Lenkungssystem; Ökologische Steuerreform	18.04.
LSVA; Bund zieht Urteil ans Bundesgericht weiter; Rechtmässigkeit der Abgabetarife für Fahrzeuge der Euro-3-Kategorie soll abschliessend beurteilt werden	23.11.
LSVA; Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zugunsten der ASTAG; Kostendeckungs- prinzip verletzt und somit nicht anwendbar; Stauzeitkosten falsch berechnet	26.10.
LSVA; Bundesrat setzt Änderungen der SVAV per 1. Juli 2012 in Kraft; Abgabe wegen Teuerung knapp ein Prozent höher; Investitionssicherheit für Transporteure	01.06.
LSVA; ARE berechnet Stauzeitkosten neu auf gut 290 Mio. statt wie früher auf rund 255 Mio. Franken; Abgabetarife müssen nicht gesenkt werden	26.04.
LSVA; Lastwagen der Kategorie Euro 6 erhalten 10 Prozent Rabatt; Sätze werden erstmalig der Teuerung angepasst; Bundesrat beschliesst dies per 1. Juli 2012	04.04.
LSVA; Bundesgericht heisst Beschwerden der Transportbranche gut; Bundes- verwaltungsgericht muss Höhe der Stauzeitkosten nochmals überprüfen	17.01.

Motorfahrzeugsteuer; Massive Reduktion der Autosteuer im Kanton Bern befürwortet	23.09.
Motorfahrzeugsteuer; Neuen Verkehrsabgabengesetz im Kanton Zürich angenommen	17.06.
Road Pricing; Neue Studie für Kern der Agglomeration Bern; Tagespauschale von fünf bzw. neun Franken; Verkehrsreduktion von 15 bis zu 30 Prozent	09.03.
Strassen- und Autosteuern; Gegen 9,4 Mrd. Franken auf Bundesebene im Jahr 2013; Schiene erhält von Strasse gut 2 Mrd. Franken	20.08.
Strassen- und Autosteuern; Nahezu 9,5 Mrd. Franken auf Bundesebene im Jahr 2011; Schiene erhält von Strasse über 1,95 Mrd. Franken	05.04.
Strassenrechnung; Definitive Resultate für das Jahr 2010; Deckungsgrad liegt bei 115 Prozent; Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 111 Prozent	18.12.
Tarife; Mit dem Fahrplanwechsel erhöhen die SBB ihre Tarife um durchschnittlich gut fünf Prozent	09.12.
Tarife; Preisüberwacher federt Anstieg im öV ab; Erhöhung um 5,2 statt 5,6 Prozent	13.07.
Zweckbindung; Künftig 60 statt 50 Prozent der Mineralölsteuer für die SFSV; Pro Jahr rund 300 Mio. Franken mehr; Im Nationalrat mit 89 zu 78 Stimmen beschlossen	14.03.